

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementssatz pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18698.  
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate: losten die gespaltene Petitzelle oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorschift 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamt-ausgabe, bei Teilausgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Im Viermännerausschuß der Bündelparteien soll sich eine Einigung in der Finanzreformfrage durchgesetzt haben, die den Wünschen der Linken entspricht.

Der preußische Minister des Innern warf sich im Berliner Abgeordnetenhaus zum Schuhherrn der Polizei spieß auf.

Der Verband der deutschen Betriebskranke lassen veröffentlicht eine scharfe Erklärung gegen die Leipziger Arbeiter-Scharfmacher.

## Skandalöse Liebesgaben.

Leipzig, 2. März.

### III.

Der im System der Einfuhrsteine begründete Anreiz zum Export deutscher Getreides wird klar vor Augen geführt durch die von der Deutschen Tageszeitung selbst wiedergegebenen Zahlen der Einfuhr- und Ausfuhrungen in den ersten sechs Monaten der letzten drei Erntejahre (1. August bis 31. Januar). Es ergibt sich danach unter Umrechnung des importierten und exportierten Mehls im Getreide das folgende Bild:

	Einfuhr.	Ausfuhr.
Wetzen:		
1906/7	1.070.000 Tonnen	268.000 Tonnen
1907/8	1.290.000 "	171.000 "
1908/9	1.024.000 "	404.000 "
Roggen:		
1906/7	876.000 Tonnen	267.000 Tonnen
1907/8	278.000 "	197.000 "
1908/9	180.000 "	594.000 "
Gerste:		
1906/7	1.885.000 Tonnen	12.000 Tonnen
1907/8	1.900.000 "	11.000 "
1908/9	1.274.000 "	18.000 "
Hafser:		
1906/7	189.000 Tonnen	222.000 Tonnen
1907/8	178.000 "	282.000 "
1908/9	191.000 "	200.000 "

Während sich also bei Gerste und Hafser keine allzu großen Schwankungen zeigen, weisen Weizen und Roggen einen starken Rückgang der Einfuhr und eine noch größere Zunahme der Ausfuhr auf. Die Weizeneinfuhr ist gegen das Vorjahr um 266.000 Tonnen geringer, die Ausfuhr aber um 223.000 Tonnen größer, hat sich also mehr als verdoppelt! Noch stärker tritt die Wirkung der Einfuhrsteine bei Roggen in die Erscheinung. Hier ging der

Import auf weniger als die Hälfte zurück, während der Export sich verdreifachte. Die vorzügliche Ernte des Vorjahrs in Deutschland bewirkte ein Herabgehen der exorbitant hohen inländischen Getreidepreise. Um ein weiteres Sinken zu verhindern, wurde der Export ganz gewaltig forcirt, wozu das System der Einfuhrsteine die beste Handhabe bot. Es sind dadurch Zustände heraufbeschworen worden, die, abgesehen von ihren wirtschaftlichen Folgen für die deutsche Mühlenindustrie und die inländischen Konsumenten, auch eine hohe politische Bedeutung besitzen. Auf diese weist ein bayrischer Mühlensiebziger in einer Buzdrift an das Berliner Tageblatt hin:

Wenn es heute zu einer kriegerischen Verwicklung käme, so hätten wir in zwei Monaten keine Teuerung mehr, sondern einen Hungersnot; so ist das Land von Getreide entblößt. Unsre Provinzämter müsten den Hafer in den letzten Jahren mit 180 Mark und noch teurer kaufen, während derselbe bayerische Hafer in der Schweiz mit 120 Mark zu haben war! Durch das Ausfuhrsteinesystem ist die Möglichkeit gegeben, daß sich unsre Feinde mit unserem Getreide für einen Feldzug billiger versprovozieren, als es unsre Militärverwaltung möglich ist.

Und dieselben Leute, die im schmutzigsten Geldbundesinteresse eine solche geradezu verbrecherische Politik treiben, gebärden sich bei jeder Gelegenheit als die einzigen, wirklich echten Vaterlandsfreunde. Man denke nur an die katholisch-byzantinischen Orgien, die die Landbündler erst in der vergangenen Woche wieder in Berlin aufgeführt!

Die Wirkung der Einfuhrsteine als indirekte Ausfuhrprämie liegt so sonnenklar autage, daß die ganze Dreistigkeit des Agrariertums dazu gehört, um sie abzuleugnen. Man höre, mit welchen "durchschlagenden" Argumenten der wissenschaftliche Schildknabe des Brotwunders in der Deutschen Tageszeitung gegen das Bestehen einer solchen Ausfuhrprämie zu Felde rückt:

Diese Ansicht wäre stichhaltig, wenn Weizen, Roggen, Gerste, Hafer ganz verschiedene (verschiedenartige) Früchte wären, die volkswirtschaftlich je für sich nur ganz getrennte Verwendungsbiete hätten. Das Gegenteil aber ist der Fall. Zur menschlichen Ernährung dienen sowohl Weizen als Roggen; daher ihr gemeinsamer Obertitel „Brotgetreide“. Und zur tierischen Ernährung dienen gleichmäßig Gerste und Hafer; daher ihr gemeinsamer Obertitel „Futtergetreide“. Es findet in weitgehendem Maße, je nach Aenderung der Geschmackrichtung und je nach Ernteaussall und Preisgestaltung ein gegenseitiger Ersatz zwischen Roggen und Weizen (und umgekehrt) und zwischen Hafer und Futtergerste (und umgekehrt) statt. Es würde einen volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Zwang auf die Ernährungs- und Fütterungstechnik bedeuten, wenn die Gebrauchsgewohnheit dieser weitgehenden technischen Vertretungsmöglichkeit der einzelnen Getreidearten nicht dadurch Rechnung trüge, daß sie die Mehrausfuhr bei der einen Getreideart auf die Mehr-einfuhr der andern Art in Berechnung bringt. Eine tatsächliche Ausfuhrprämie ist erst dann vorhanden, wenn die Gesamt-Getrebedeckung größer wird als die Einfuhr. Ein

Blick auf die obige Zusammenstellung zeigt aber, daß die Gesamteinfuhr die Gesamtausfuhr noch außerordentlich weit überwiegt.

Und das führende Bündlerblatt findet Suksess durch das Organ der Linken, die Kreuzzeitung, in der es heißt:

Die Marktverhältnisse der beiden hauptsächlichen Brotsortenarten bedingen sich gegenseitig, weil eine die andre ohne große Schwierigkeit erscheinen kann. Wäre der Überschuss an Roggen durch Versagung der Ausfuhrverglutung im Auslande aufzugehalten worden, was wäre die Folge gewesen? Ein kleiner Teil hätte vielleicht zu gewerblichen Zwecken oder — mit Verlust für das Volkswertmagnen — als Viehfutter verwendet gefunden; die überwiegende Menge wäre ins Brot gesessen worden. Der Broterbrauch der Bevölkerung aber ist ziemlich konstant und läßt sich nicht willkürlich steigern. Für jede Tonne Roggen also, die über den Bedarf im Lande bleibt, wäre annähernd 1 Tonne ausländischen Weizens weniger eingeschafft worden.

Die Behauptung, daß Roggen und Weizen sich jederzeit ersehen könnten, ist eine offenkundige Unwahrheit. In Deutschland wird bekanntlich in der Haupthandlung Roggenbrot verzehrt, während in Frankreich, Italien usw. der Weizengenuss überwiegt. Diese in geographischen Verhältnissen begründete und an ein Jahrhunderte altes Herkommen gebundene Ernährungsweise läßt sich nicht von heute auf morgen durch einen mehr oder weniger günstigen Ernteausfall oder eine gänzlich unmotivierte, plötzlich eintretende „Aenderung der Geschmacksrichtung“ über den Haufen werfen. Diese Aussrede schlägt den Tatsachen zu sehr ins Gesicht, als daß man sich näher darauf einzulassen brauchte. Ein ebenso dreister Schwund, aber ist die Behauptung der Kreuzzeitung, der Broterbrauch der Bevölkerung lasse sich nicht „willkürlich steigern“. Jedem ABC-Schüler der Nationalökonomie ist es eine bekannte Tatsache, daß der Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, der Preisgestaltung, der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung usw. starken Schwankungen unterworfen ist, und wer das nicht weiß, kann sich durch einen Blick auf die statistischen Tabellen über den Nahrungsmittelverbrauch davon überzeugen. Gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise muß die künstliche Hochhaltung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel den denkbaren ungünstigsten Einfluß auf die Lebenshaltung der großen Masse ausüben. Auf einem keineswegs höheren Niveau sieht aber die weitere Behauptung, daß von einer Ausfuhrprämie so lange nicht die Rede sein könne, bis nicht die Gesamtgetreideausfuhr die Einfuhr überschritten habe. Wir haben schon nachgewiesen, daß die von dem Dertelorgan aufgestellten Voraussetzungen für diese Behauptung gar nicht zutreffen; selbst wenn dies aber der Fall wäre, würde dies noch gar nichts beweisen. Ganz

## Seuilleton.

### Karneval.

Ein Sittenroman aus dem Köln des 20. Jahrhunderts von Emil Kaiser.

Raubzug verboten.

82

In der Absicht, dem tollen Trubel zu entkommen, durchschritt Boden wieder den dunklen Engpass, der unter der Tribüne herführte, und es bereitete ihm neue Qual, als er in der Silhouette nun sah, wie all die Köpfe der vor ihm wandernden Paare sich hier wie auf ein Kommando gegeneinander neigten zu langem Kuss. Dicht am Ende des kurzen Durchgangs stand seitwärts ein Paar an die Wand gedrückt, in dem er mit Bestürzung Homberg und Frau Dahl erkannte.

Die junge Frau hing aufgelöst am Halse ihres Freundes. Den Kopf in den Nacken gelegt, sah sie ihm mit tierischen Blicken in die Augen, ihre halbgeöffneten, zitternden Lippen leichten nach schmerzenden Küssen.

Die Gruppe zeigte das Gepräge der jahrtauselosen Gingabe so unverhohlen, daß es selbst inmitten dieses orgiastischen Treibens noch quasselte. Boden fürchtete einen Augenblick, daß das Paar ihn erkennen könnte und drückte sich sacht vorbei. Aber diese Furcht war unbegründet, die beiden standen wie verzaubert. Sogar als ein alter dicke Herr an sie herantrat und wohlwollend mahnte: „Kinder, habt ihr das Blatt nicht gelesen: Liebe zu Hassel“ starre Holde ihn nur einen Augenblick vollkommen abweidend an und rückt dann mit erneuter Gier die Küssse ihres Geliebten.

Auf Homberg hatten die Worte des alten Herrn wenigstens so weit erstaunend gewirkt, daß er einsah, daß sie

hier nicht länger stehen bleiben könnten. Er löste die Arme, die ihn umschlangen, sanft von seinem Halse.

„Heinrich, nicht!“ flehte sie außer sich. „Rühr mich hin! Rühr mich hin!“

Erstaunt, fast vorleb, flüsterte er: „Holde, besinn dich, wo wir sind. Die Leute —“

Sie sah sich feindselig um. „Die Leute, was gehörte mich die Leute an!“ sagte sie laut, um ihm im nächsten Augenblick wieder zuzuflüstern: „Wir wollen hier nicht bleiben. Läßt uns gehen. Diese Nacht gehöre ich dir.“

Und je mehr sich sein Gesicht verfinsterte, um so dringender wurde sie. Sie wollten zusammen hinausgehen, lebt in dem Trubel würde sie nie wieder vermissen. Es gab doch solche Quartiere, wo unerlaubte Liebe sich heimlicher Wonne freuen durfte. Er brauchte sie nicht so entsetzt anzusehen, daß sie davon wußte, man lebte nicht umsonst drei Jahre lang mit einem Manne wie dem ihren zusammen.

Der Schreden, der Homberg bei dem plötzlichen leidenschaftlichen Ausbruch Holdens ergriffen hatte, wich allmählich. Ihr Liebesfeuer stieß ihn an. Es war ja natürlich, daß das Feuer, womit sie so lange schon gespielt hatten, sich einmal zur verzehrenden Flamme entfachen müsste, wenn er sich das auch bisher nie gestanden hatte. Freilich daß Dirnenhaft in Holdens Vorstellung kränkte ihn, aber sollte er sich durch solche Skrupel eines Glücks herauslassen, das sich ihm wohl nicht wieder so lockend bot? Opläufig zuckten solche Erwägungen durch sein Hirn, zu einer eigentlichen Bestimmung ließ es der Liebeszaumel in ihm und um ihn gar nicht kommen. Es riss ihn mit im allgemeinen Rausch.

Langsam wand sich das Paar durch den Stimmesaal der Treppe zu. Da plötzlich machte Holde sich mit einem Ruck vom Arme des Geliebten frei.

„Wenn es heute nicht mehr gelingt, — auf morgen“, hörte er sie noch hastig räumen; dann sah er, wie sie sich einer wildfreudigen Maske an den Arm hing und lachend mit ihr dem Eingang zum großen Saale zustrebte.

Er stand noch ganz verblüfft über diese neue Überraschung, da hörte er die schnarrende Stimme des Mittmeisters von Dahl in der Nähe, und nun begriff er Holdens plötzliche Flucht. Er lehnte sich auf das Geländer und blickte die Treppe hinab, so daß er dem Gange den Rücken lehnte; aber er spitzte die Ohren, um zu verstehen, was von Dahl sagte.

Dieser sprach mit Agnes und gab sich offenbar den Anschein einer Laune.

„Meine Frau such ich. So sind wir Chemänner, wir fühlen uns unglücklich, wenn wir nicht am Schürzenbändel hängen.“

Seine Schwägerin sah ihn mißtrauisch an. Wollte er etwa hier den Skandal fortsetzen, den er im Domhotel begonnen hatte? Was würde er tun, wenn er sie mit Homberg traf? Da sah sie diesen auffällig allein am Geländer stehen, und beruhigt gab sie nun zur Antwort: „Ich habe Holde seit einer Stunde nicht gesehen. In diesem Gewühl verlor ich sie ja.“

„Na ja. Hast auch wohl mehr zu tun gehabt, als auf deine Schwester aufzupassen,“ nickte der Mittmeister. „Ich werde sie schon finden, will mal auf die Tribüne klettern.“

Holde machte mit dem fremden Herrn in scherhaftem Geplauder den üblichen Umgang um den großen Saal. Als sie in die Nähe der Tribüne gelangten, sah sie ihren Mann vor am Bunde breit aufgeschlagen dastehen. Er nickte ihr zu, da verabschiedete sie ihren Kavalier mit einem Scherzwort und stieg die schmale Treppe hinauf.

v. Dahl kam ihr entgegen. Holde war etwas unsicher. Als sie ihrem Mann den bösen Streich gezeigt hatte, war ihr Gewissen rein gewesen, und sie hätte ihm Trost geboten, wenn er sie öffentlich mit Vorwürfen überschüttet hätte. Jetzt lag die Sache anders. Sie war jetzt schuldbehaftet, und mehr noch: sie hatte ein Ziel, dessen Erreichung sie nicht durch unzeitiges Trost aufs Spiel legen wollte. In einem Augenblick war

gleich, ob die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt oder umgekehrt, die getreideexportierenden Zunker erhalten für jede Tonne deutschen Weizens, die nach dem Auslande geht, in der Form des Einfuhrscheins 55 Mf. und für jede Tonne Roggen 50 Mf. vergütet, die als Ausfuhrprämie in ihre Taschen fliehen, während sie der Reichsfinanz bei der Wiedereinfuhr anrechnungsfähiger Waren als Einnahme verloren gehen. Diese klare Sache hindert die Deutsche Tageszeitung nicht, zu behaupten, die Einfuhrscheine hätten „gar keine andre Wirkung, als lediglich die als notwendig bewiesene Schaffung der Möglichkeit für den deutschen Osten, seine dort überschüssigen Erntemengen in volkswirtschaftlich zweckmäig zu einem äigere Weise auf näher liegenden Märkten verwerten zu können, wofür dann im Süden und Westen in volkswirtschaftlich ebenso zweckmäig einer Weise der Ertrag für den deutschen Konsum durch Einfuhr ausländischen Getreides bewirkt wird“. Volkswirtschaftlich zweckmäig ist es also, wenn dem Reich allein für Brotgetreide in den Monaten August v. J. bis Januar d. J. rund 52 Millionen an Goldeinnahmen entzogen würden, die den Agrariern als Liebesgabe in die Taschen flossen; volkswirtschaftlich zweckmäig ist es, wenn dem Auslande deutsches Getreide um 55 resp. 50 Mf. billiger geliefert wird als den inländischen Verbrauchern; volkswirtschaftlich zweckmäig ist es auch, wenn der deutschen Mühlindustrie das Rohmaterial entzogen und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt genommen wird. Man lese nur den folgenden Rottiche des Vorsitzenden des Zweigverbands deutscher Müller für die Provinz Sachsen und Anhalt, den das Berliner Tageblatt veröffentlicht:

Die Deutsche Tageszeitung sollte doch einmal die Nachblätter der Müller, und zwar aller drei Verbände, der Großmüller, Mittelmüller und Kleinmüller, lesen. Da würde sie Rotschreie aus allen Gegenden von Deutschland finden, worin die Müller sich bitterlich beschlagen, daß man ihnen das dringend gebrauchte Rohprodukt vor der Nase wegnimmt und ins Ausland schafft. Die Aushebung der Ausfuhrprämie für Brotgetreide ist geradezu eine Lebensfrage der Binnenlandsmüller, denn so, wie die Zustände jetzt sind, kann es unmöglich weitergehen. Im Herbst und spätestens im Frühjahr wird unerträgliches Getreide (das schlechte lassen sie uns hier) mit allen möglichen Erleichterungen (Exporttarifen) über die Grenze geschafft, und im Sommer stehen wir Müller im Inlande — dem Rücht gegenüber. Wenn wir den Betrieb nicht einstellen wollen, müssen wir auf demselben Wege, den unser Getreide genommen hat, ausländisches wieder heranziehen und mit Verlust verarbeiten, denn daran ist nicht zu denken, daß man die großen Untosten auf den Preis schlagen kann. . . . Wir deutschen Müller wollen gern auf Umsatzsteuer und dergleichen Hilfsmittel verzichten, wenn man nur das Brotgetreide, unser Brohprodukt, im Lande läßt.

„Volkswirtschaftlich zweckmäig“ ist für unsre Zunker eben alles, was ihnen die Taschen füllt, mögen darüber auch andre Erwerbszweige zugrunde gehen und mögen dem Staate in einer Zeit der größten Finanznot gleich die notwendigsten Betriebsmittel entzogen werden. Durch solche Kleinigkeiten wird die Seelenruhe unserer Agrarier nicht im geringsten gestört. Mit einer Universalität, die nicht mehr überboten werden kann, rechnet die Tageszeitung für das Reich einen „Steingerinn“ von „mindestens einer Million Mark“ aus der vorjährigen Weizen- und Roggengeneinfuhr und -ausfuhr heraus, obwohl die Rechnungsergebnisse der Hollerwaltung einen Verlust von mehr denn 50 Millionen Mark als Folge des Einfuhrscheinssystems für diesen Zeitraum nachweisen. Dieser Verlust beziffert sich für die ersten zehn Monate des laufenden Staatsjahrs gar schon auf rund 84 Millionen. Und da sage man noch, daß die „wissenschaftlichen“ Handlanger des Junkertums nicht Meister in der Handhabung des agrarischen Hexeneinmaleins wären!

## Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich „die sozialdemokratischen Parteiführer mästern“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemo-

aus der Betrogenen eine Betrügerin geworden, und ganz plötzlich entdeckte sie in sich all die bösen Instinkte, die zur Durchführung des Betruges nötig waren.

„Na, vollkommen befriedigt von deiner kindlichen Stache?“ redete von Dahl sie an, seine Stimme dämpfend. Sie tat beleidigt. „Weshalb zwingst du mich zu so was?“

Er trat ganz dicht an sie heran. „Ihr Weiber seid doch kein des Teufels. Eine gönnt der andern nicht das bisschen Liebe,“ sagte er brutal gemüthlich. „Im Grunde ist es ja schmeichelhaft für mich, daß du so eifersüchtig bist.“

Holde hätte laut auflachen mögen. Was er doch für ein Dummkopf war, dieser rohe Patron, der sich so viel auf seine Weiberskenntnis einbildete!

„Du wirst mir hoffentlich nicht wieder eine Szene machen wollen?“ sagte sie, da sie nun sicher war, daß er persönliche Absichten hegte.

„Die Szenen hast du gemacht,“ behauptete er ohne Scharfe. „Ich halte es für angebracht, wenn wir uns nach diesem Scharmützel zum Schluss dem versammelten Kriegsvolk als ausgehöhltes Ehepaar zeigen, damit wenigstens die ärgsten Västerländer gestopft werden. Ich hoffe, du bist jetzt vernünftig genug, einzusehen, daß wir denen gerade genug Stoff geliefert haben.“

„Meinetwegen. Um das Gerede zu vermeiden, mag es sein,“ sagte sie mit einem Seufzer, der der schwindenden Hoffnung galt, heute noch mit Homberg zusammen zu kommen.

„Tu nur nicht, als ob es dir so schwer würde,“ lachte er, sie davonführend. „Wenn Ihr glaubt, gelegt zu haben, macht Ihr ja so gern wieder Frieden.“

(Fortsetzung folgt)

tratte wider das Selbstverwaltungrecht der Ortskrankenkassen treiben ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundenen Konferenzen im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vornommen wurden. Aber die politischen Arbeitervertreter erlitten hier eine schmähliche Niederlage.

Das schmälig erwartete Material gegen das Selbstverwaltungrecht der Ortskrankenkassen blieb aus; die Unternehmer hatten keinen. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar so weit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamt des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiische Vorsitzende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kostenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Missbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantasiegebilde herausgestellt; die Arbeitervertreter waren elend blaßiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Berlinschen Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Mensch, meinte in Nr. 48 von 1908 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung konstatierten, daß in jener Konferenz für die gegen die Zeitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden könnten. Kommerzienrat Mensch bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bürokraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attacke, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungrecht der Ortskrankenkassen liefern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeitervertreter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungrecht der Arbeiter darf besiegelt werden, sondern mit der Versplitterung der Versicherungsbörse (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Innungsklassen, Gemeindekrankensicherung) muß aufgeräumt werden. Wir brauchen eine Versicherung, d. h. für größere Bevölkerung eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Rentenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien.

In besetzten ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 Mf. Arbeitsverdienst. Über hohen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung ausschauen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gesinnung echt wäre, mit der sie prunken!

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer allmählig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Aufprilche der Versicherungen beruhen nicht auf geleisteten Verträgen, sondern auf der Versicherungspflicht. Daher darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Vertragszahlung geknüpft, sondern muß der Versicherung überlassen werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formell von dem Unternehmer getragen, tatsächlich aber doch von den Erträgssummen der Arbeit jener gebettet, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebürtet den Arbeitern das Selbstverwaltungrecht, zum mindesten aber das parlamentare Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsgenossenschaften ein Wörtelein hinnehmen, daß dann die Rentenversicherer nicht weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vorbergründ der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie betreibt ist, die Bewilligung der Invalidenleistungen seltens der zuständigen Organe möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1908 auf 134 057 im Jahre 1909 zurückgegangen! Da war kolossal „gequält“ worden. Angewiesen sind nur die Bezeichnungen der kaufmännischen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervortreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgesetze voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Versplitterung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparsamkeitsrücksichten“ umgehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu tödern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten gezahlt werden, betrugen im Durchschnitt jährlich rund 155 Mf. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Altersrenten wesentlich höhere Versicherungsbeträge treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Hollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Zölle „zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden“ sei. Die hohen Zölle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht soviel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Witwenversorgung durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter müssen mit allen Kräften agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Altersrenten wesentlich höhere Versicherungsbeträge treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Die Arbeiterversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirklicht wissen. Wir ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andre Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitlosenunterstützung staatliche Zuflüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei miterwähnt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitlosenversicherung aus Staats- oder Gemeindemitteln viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch gegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in groben Zügen ein Bild der Blasche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen.

P. L.

## Reichstag.

210. Sitzung, Montag, den 1. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dernburg.

Die Beratung des Etais der Schuhgebiete und des Kolonialamts wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Ant.): Den Beamten in den Kolonien muß Gelegenheit zu Landesvermögen gegeben werden. Das würde ihre Freiheit erhöhen. Südwestafrika sollte sich ähnlich entwickeln können, wie die englische Kapkolonie; die klimatischen Bedingungen sind ähnliche. Wir freuen uns, daß der Staatssekretär an Ort und Stelle gewesen ist. (Bravo! bei den Ant.)

Abg. Abrah (freit. Bp.) bespricht den Mißstand, der darin liegt, daß die in den Kolonien amtierenden Richter nicht etabliert sind.

Abg. Gans (Bd.): Wir sind dem Staatssekretär dankbar, wenn er in den Kolonien auf Ausgleich der Gegenseite wirkt.

Abg. Noske (Soz.): Auch in der Kolonialpolitik hat sich wieder einmal die sozialdemokratische Kritik als berechtigt erwiesen. Auch in die Kolonialpolitik wird der Sozialismus einbringen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Das neue System hat natürlich keinen radikalen Wechsel gebracht, aber Symptome der Besserung sind vorhanden, die wir begrüßen können, ohne die bösen Schattenseiten zu übersehen. Bezeichnend ist das Schwinden der harrapatriotischen Kolonialbegierde, mit der vor 2 Jahren die Wahlen gemacht wurden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn jetzt das Kapital in die Kolonien geht, so kann uns das gleich sein. Besser, als daß die deutschen Steuerzahler herangezogen werden. (Sehr wahr!) Der Staat weist alles in allem einen Gehalt von 80 Millionen auf. (Hört, hört! bei den Soz.) Daran werden wir Ausgaben für die Kolonialaufbauten erreichen schon bald 5 Millionen. Wir verwerfen natürlich alle Versuche etwaiger Rentenentziehung. Aber die in Ansicht stehende Rentenzahlung ist unbedeutlich. Besonders der Abg. Lattmann hat uns einen Wechsel in der Kolonialpolitik vorgeworfen. Es mag sein, daß Kamerun und andre Gebiete nicht werthlos sind, und daß die riesigen auf Südwest verwandten Ausgaben schließlich die Auswirkungsfähigkeit des Landes steigern werden. Aber heute ist die Frage, ob die Kolonien irgendwelchen Wert für die Millionen von uns vertretenen Arbeiter haben, mit nein zu beantworten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn man die Beamten und Offiziere abrechnet, so bleibt an deutscher Bevölkerung nicht viel übrig in dem Südwestafrika, wo man durch Totschlägen von Tausenden von Hereros Platz für ein „neues Deutschland“ gemacht hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Selbst die größten Opferlosen sprechen nur von einer Einwanderungswelle, die direkt bedeutsam ist. Man schweigt uns also von dem Interesse der Arbeiter an den Kolonien! (Sehr wahr!)

Über die gefundenen Diamanten haben wir uns, wie von verschiedener Seite behauptet wird, keineswegs „geärgert“. Im Gegenteil: nichts wäre uns lieber, als wenn recht viel Gold und Diamanten in den Kolonien gefunden würden. Damit wäre den Steuerzahler, die zum großen Teil aus den uns vertretenen Industriearbeitern bestehen, sehr gebient. (Zustimmung bei den Soz.) Wir haben uns aber erlaubt, gewissen bedrohlichen Zwecken, ob man wirklich etwas gefunden hat, Ausdruck zu verleihen. (Heiterkeit bei den Soz.)

Die Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Industrie wird niemals von der Zufuhr aus den Kolonien abhängig sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Arning hat uns sonst verlust, uns damit grauslich zu machen, daß die Baumwollzufuhr einmal für Deutschland abgeschnitten werden könnte. Auch würde Deutschland von der zunehmenden Baumwollkultur in den Kolonien noch keinen Vorteil haben, denn der Kolonialkapitalist kümmert sich den Teufel um die deutsche Industrie und verläßt sein Produkt, genau wie der deutsche Kapitalist, dorthin, wo er am meisten dafür kommt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär bezeichnete die noch vor zwei Jahren getreuliche Kolonialpolitik als eine solche der Ausbeutung, Unterdrückung und Verschließung. Das ist sie auch heute noch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei einer Politik der Zivilisation würden wir nicht anstreben, ihr zu unterliegen. Aber davon kann doch keine Rede sein, obwohl es uns mit Genugtuung erfüllt, daß der Staatssekretär weiß, den Sloventreiber für die Plantagenbesitzer abzugeben. Mag eine der nächsten kolonialistischen Maßregeln des Staatssekretärs darin bestehen, den noch immer bestehenden Arbeitszwang für Eingeborene zu befehligen.

Wenn die Prophezeiungen des Herrn Arentz sich erfüllten, daß in 10 Jahren in Ostafrika 100 000 Deutsche leben, so wäre ein Unfall für die Eingeborenen. Es leben dort 10 Millionen Neger und diese würden vorzüglich und aller Gütekennzeichen bereitstehen. Damit wäre den Steuerzahler, die zum großen Teil aus den uns vertretenen Industriearbeitern bestehen, sehr gebient. (Zustimmung bei den Soz.) Wir haben uns aber erlaubt, gewissen bedrohlichen Zwecken, ob man wirklich etwas gefunden hat, Ausdruck zu verleihen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn die Prophesien des Herrn Arentz sich erfüllten, daß in 10 Jahren in Ostafrika 100 000 Deutsche leben, so wäre ein Unfall für die Eingeborenen. Es leben dort 10 Millionen Neger und diese würden vorzüglich und aller Gütekennzeichen bereitstehen. Damit wäre den Steuerzahler, die zum großen Teil aus den uns vertretenen Industriearbeitern bestehen, sehr gebient. (Zustimmung bei den Soz.) Die Verurteilung der Throtzischen Ausbeutungspolitik durch den Staatssekretär war eine glänzende Rechtsurteilung unter Berücksichtigung der Tatsachen im Dezember 1908. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verwaltung müßte jetzt bemüht sein, die zusammengebrochene Pädagogur wieder aufzurichten. Unstetigkeiten hat der Reichstag Millionen für die Afrikabund und Händler bewilligt, die das Geld meist für Fusel und Bier aufzugeben. Nach den Millionsberichten ist die Lage der Eingeborenen eine grausame. (Hört, hört! bei den Soz.) Und Koloniallande gibt es noch alle Tage. Man braucht nur das amtliche Material zu lesen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kinder werden dem Schulbesuch entzogen, und die Hererofrauen sträuben sich dagegen. Kinder zu gebären, weil sie die Welt nicht mit Sklaven bevölkern wollen. Und wie ist es mit der Justiz? Ein weißer Pfleger, der drei Schwarze getötet hatte, wird mit neun Jahren Gefängnis bestraft. Ein Schwarzer aber, der einen Weißen getötet hat, wird hingerichtet und bekommt noch vier seiner Kameraden mit auf den Weg. (Hört, hört!)

Man sieht aus alleiem: die deutsche Kolonialpolitik kann noch nicht als eine zivilisatorisch angesehen werden. Wir werden auch in Zukunft daraus hinarbeiten, daß unsere Forderungen durchgeführt werden. Romantisch, daß die Eingeborenen als Menschen behandelt werden. Unsere grundsätzliche Stellung zur Kolonialpolitik kann durch unsere Erfahrungen nicht erweitert werden. Ausbeutung, Unterdrückung und Ausrottung sind die Folgen solcher Politik. Wie bisher, leben wir auch in Zukunft die Verantwortung für eine solche Kolonialpolitik ab. (Lebhaft. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dernburg: Zu verbessern gibt es in den Kolonien allerdings noch viel. Im Mutterlande ja auch. Zu diesem Zweck ist ja das Parlament sechs bis sieben Monate hier versammelt. (Heiterkeit.) Der Vorredner hat durch die schwere Brille seiner Partei gesehen. In dem einen Falle eingeschworene Grausamkeit. A. handelt es sich um Geistesgefährlichkeit des befreitenden Pflemers. (Aha b. d. Soz.) Die einzigen Leute, die wirklich Vorteile von den Kolonien gehabt haben, sind die deutschen Arbeiter. (Minutenlange schallende Heiterkeit b. d. Soz.) Zur Befreiung des Abg. Ledebour (Soz.): Und der Mann behauptet, nicht zu übertreiben! Ich habe dem Abg. v. Ledebur durchaus nicht vorgesetzten, die 25 Missionen unter seinem Gouvernement ver-

ausloste zu haben. Meine Aussage wird von der Herrn Lieder und Arentz nur durch geringe Meinungsverschiedenheiten gencert. (Lebt, hört, hört b. d. Soz.) Ich unterschreibe völlig die Anerkennung, die Herr v. Bülow den Trägern des früheren Kolonialsystems gezeigt hat. (Hört, hört b. d. Soz.) Eigentlich gibt es im Kolonialangelegenheiten nur zwei Parteien, die Kolonialfreunde, zu denen alle bürgerlichen Parteien gehören, und die kolonialfeindlichen Sozialdemokraten. Die Unterschiede unter den kolonialfreundlichen Parteien stellen nur Schattierungen dar. Ich würde mich bemühen, eine zugleich nationale, kommerzielle und kulturelle Kulturpolitik zu treiben. (Lebt, Beifall beim Block und im Zentrum.)

Abg. Stoss (St. B. W.): Die deutsche Kolonialpolitik hat die Macht von ihren blutdürstigen einheimischen Tyrannen befreit. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die christlichen Nationalen sollten sich untereinander verstehen und Herr Reichenberg nicht so heftig gegen die Simultanen schützen. Die Beziehungen in den deutschen Kolonien sind relativ glänzend. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion. Nach mehrfach debattierter Annahme einer solchen Tafel des ostafrikanischen Staats wird beim Antrag Abstimmung (nat. lib.) auf Wiederberufung der bei diesem Posten von der Kommission gesetzten 25000 M. durch die Blockmeiheit angenommen. Der Rest des ostafrikanischen Staats wird bestimmt.

Hierauf verlässt das Haus die Weiterberatung des Kolonialstaats auf Dienstag 2 Uhr. (Außerdem Rechnungsabschluss.)

Schluss 8½ Uhr.

## Hus der Partei.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Badens verhandelte am Sonnabend und Sonntag in Offenburg unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frankl (Stellvertreter Sattlerweiser Müller-Schöpflin). Neben 144 Delegierten wohnten dem Kongress bei: 5 Mitglieder des Landesvorstandes, 3 Parteisekretäre, 9 Abgeordnete und 12 Vertreter der sozialdemokratischen Presse, zusammen 173 Teilnehmer. Als Gäste erschienen vom deutschen Parteivorstand Sekretär Ebert, sowie Vertreter aus Bayern, Württemberg, Pfalz und Elsaß-Lothringen. Im Referat des Parteivorstandes betonte Geissmannheim auch den Konflikt in der Budgetbewilligung, in dem der Parteivorstand sich auf den Boden der US Süddeutschen stelle. Es wurde aber ein Antrag aus der Versammlung eingereicht und mit 92 gegen 62 Stimmen angenommen, daß eine Beschreibung der Budgetangelegenheit nicht stattfinden darf. Es wird beschlossen, die Zahl der Parteisekretäre bei 3 zu befestigen, ist ein Vorschlag des Landesvorstandes abgelehnt, welcher eine Erhöhung des Beitrags zugunsten der Kasse des Landesvorstandes bezweckt. Am Schlusse der Sonntagsabstimmung wird ein Erfahrungsauftrag für diese Finanzierung eingebracht und angenommen.

Die Preisangabelegkeit erlebte sich rascher, als man erwartete; die vielen zur Preisgründung für das Überland gestellten Anträge erhalten mit Ausnahme eines einzigen keine Unterstüzung; es wird eine Kommission mit der Erwagung der Angelegenheit beauftragt, welche dem Parteitag einstimmig vorstellt, aus technischen und finanziellen Erwägungen von der Gründung eines in Freiburg erscheinenden Organs abzuweichen, auch kein Kopfblatt des Volksfreund zu gründen. Nach einer längeren Aussprache über die Artikel in den badischen Parteiblättern und den Korrespondenzen im Berliner und Leipzigser Parteiorgan wurde einstimmig beschlossen, daß die Fehden gegen Parteigenossen im Interesse der zum bevorstehenden Wahlkampf nötigen Geschlossenheit der Partei unterbleiben sollen. Sowohl der Bericht des Abg. Kols über die Parlamentsarbeit der Landtagsfraktion, an welchem sich eine sehr sachlich geführte Diskussion namentlich über die Anteilstreitigkeit hinschlief, als auch das Referat des Abg. Dr. Frankl über die Taktik zum Landtagswahlkampf wurden mit stimmlosem Beifall aufgenommen. Aus der Situation ergibt der Vorsitzende den Schluss, daß die badische Sozialdemokratie eine Trennung nach Revisionisten und Radikalen nicht kennt und fest geschlossen nach den bewährten Prinzipien der deutschen Gesamtpartei, auf eigene Kraft sich stellend, gegen die Regierung und die mit ihr koalitionierenden bürgerlichen Parteien zu Felde zieht.

Gegen das reaktionäre Regierungssystem wurde protestiert durch mehrere einstimmig angenommene Resolutionen: Die erste saß gegen die beabsichtigte Abschaffung der Elßgläze mit dem billigen Fahrpreis; eine zweite gegen die Entlassung von Eisenbahnarbeitern auf den Stationen Mannheim, Schweinfurt usw. und gegen die Bevorzugung ausländischer Arbeiter beim Bahnbau. Der Landtagsfraktion wurde (gegen drei Stimmen) das Vertrauensvotum erteilt. Der zur Abschaffung der Doppelmandate geforderte Antrag erhielt nur wenige Stimmen.

Zu den Landtagswahlen wird eine Zentralwahlkommission, bestehend aus dem Landesvorstand, den Landtagsabgeordneten, Kreis- und Kreisvertretern die Taktik nach der Hauptwahl bestimmen. Es wurde darauf verzichtet, jetzt schon Stellung zu einem etwaigen Großblock zu nehmen.

Nachdem eine Resolution zum energischen Eintreten für die Jugendorganisation angenommen und von der Delegierten Frau Blase für die Frauenorganisation gesprochen war, wurde Mannheim zum Vorort und Offenburg zum nächsten Kongressort bestimmt. Mit einem Hoch auf die deutsche und badische Sozialdemokratie schloß der Parteitag.

Falsche Gerichte über den Genossen Bebel verbreitet eine bürgerliche Zeitungskorrespondenz. Danach soll Genosse Bebel an einem Riesenleben schwer erkrankt sein, so daß er auch den Verhandlungen des Parteivorstandes fernbleiben müsse. Wir können demgegenüber erklären, daß diese Nachricht vollkommen unzutreffend ist. Genosse Bebel muß sich allerdings noch immer Schonung auferlegen, doch fühlt er sich im allgemeinen wohl. Genosse Bebel nimmt auch seit dem Wiederzusammentreffen des Reichstages regelmäßig an dessen Sitzungen teil.

Die Spaltung in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands. Anlaß des Parteitagsbeschlusses zu Deventer hat Genosse Henri Polak sein Amt als Vorsitzender des Verbundes der Gewerkschaften Hollands übergelegt. Polak steht an der Seite der Marxisten, ihm erscheint ein Zusammenschluß mit der sozialdemokratischen Kameradschaft nicht möglich. Polak ist ebenfalls aus dem Verwaltungsausschuß von Het Volk ausgetreten. Der Parteivorstand hat in seiner am Sonnabend abgehaltenen Versammlung bereits Jan M. van Aartsen, Schriftführer des Diamantarbeiterverbandes, an Polaks Stelle ernannt.

In derselben Versammlung hatte der Parteivorstand eine Befreiung mit dem Vorstand der Abteilung Utrecht, die dahin führte, daß die Kombinatur zur Zweiten Kammer für Utrecht II bei bereitstehendem Deventer Parteitag sofort aus der sozialdemokratischen Arbeiterpartei getrennten Genossen Mendels von Parteiliegern zurückgezogen wurde; ebenso dessen Kandidaturen in anderen Wahlkreisen. Außerdem war der Parteivorstand der Ansicht, daß Mendels seine Sitz im Utrechter Gemeinderat und in den Provinzialstaaten von Utrecht zur Verfüzung der Partei stellen müsse. Wie Het Volk meldet, hat Mendels diesen Schritt bereits getan und zwar infolge eines ihn beleidigenden Artikels im Utrechter Beobachter.

Der Parteivorstand wird als Wahlparole für die im Sommer stattfindende Wahl zur Zweiten Kammer dem zu Ostern stattfindenden ordentlichen Parteitag folgende Punkte vorschlagen: Allgemeines Wahlrecht, Staatspension, Schulfunsttag, Erweiterung der Unfallversicherung und Wohnungswfrage.

Das auf dem Dezember-Parteitag beschlossene Wochenblatt von Het Volk soll einem Beschuß des Parteivorstandes folgen am 1. April zum erstenmal erscheinen.

Eine Niederrätschigkeit. Die längste Nummer des Notenblattes, der humoristischen Wochenschrift des Organs der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Het Volk (nicht zu verwechseln mit der angestammten marxistischen Wochenschrift "Het Volk") bringt folgendes Bild: Ein grinsender setziger Bourgeois, den Kapitalismus darstellend, schwingt in jeder Hand einen riesigen Holzfädel. Auf dem einen ist ein gekrönter Sängling abgebildet, das erwarte Baby der Königin Wilhelmina darstellend, mit dem die bürgerlichen Parteien in der Wahlkampagne als mit einem Mittel, die "patriotische" Begeisterung des Volkes anzuwaden, operieren; auf dem andern das Bild der Tribune mit dem Kopf des besseren Redakteurs Winkoop. Das ganze ist überschrieben: Die Waffen des Kapitalismus. Es ist das erste Mal in dem jahrelangen Kampf der Tendenzen innerhalb der holländischen Sozialdemokratie, der trotz aller persönlichen Schärfe immer um sachliche Differenzen und mit ehrlichen Mitteln geführt wurde, daß zu einem derartigen Mittel greifend wird. Bis jetzt hatten sogar die rücksichtlosesten Heher aus der revisionistischen Partei nicht nur den guten Glauben, für den Sozialismus zu wirken, sondern auch die Qualität echter Sozialdemokraten den Marxisten der Tribunegruppe nicht streitig zu machen gewagt. Die Sache wird dadurch nicht besser, daß ein solches Bild "nur" auf populäre Wirkung berechnet ist. Im Gegenteil, dadurch soll eben in jenen Kreisen, die der prinzipiellen Bedeutung des Meinungskampfes kein Interesse entgegenbringen, der Glaube erweckt werden, als seien die Marxisten der Tribunegruppe Handlanger der Bourgeoisie. Diese Niederrätschigkeit verdient niedriger gehängt zu werden. Nebenrings: was sagen die Genossen Roland-Pohl und der Genosse Vibaut, die als Redakteure der "marxistischen Wochenschriften" Winsten mit der Redaktion des Volks in "Übereinstimmung" arbeiten sollen, zu dieser Art, ihre marxistischen Freunde zu bekämpfen?

der allzu geschäftig um eine Ede geritten sam

Die Demonstranten zogen unter Abstieg der Marschallaise und anderer revolutionärer Bilder nach Altwasser, Bad Salzbrunn und von Gottesberg nach Hellenthal, wo große Versammlungen abgehalten wurden. Außerdem waren noch Versammlungen in Kunzenbach und Wallenberg im Kreis Neuried. Aber auch die "Gelben" waren tätig. So wird aus Bochum berichtet, der "Gelbe Verband technischer Grubenbeamtenvereine" erklärt sich in einer am Sonntag in Bochum abgehaltenen Konferenz der Vereinsvorstände prinzipiell gegen die Arbeitergrubenkontrolleure. Diese Einrichtung würde nur die Unfallsgefahr vermehren und der Sozialdemokratie dienen.

Die Kreise. In der fränkischen Metallföldiger-Industrie-Zentrale Schwabach wurde am Sonnabend 668 Arbeitern und Arbeitern gelöscht. Die Betriebe sollen vorläufig 4 Wochen stillstehen. Auch viele Kleinstmeister werden dadurch existenzlos.

Durch einen Schiedsgericht entschied das Gewerbeamt als Eingangsamt in Dresden die Differenzen im Dachdeckerwerbe. Der im Jahre 1906 geschlossene Vertrag ist bis 1910 verlängert worden, der Stundenlohn soll vom 1. April d. J. um 2 Pf. erhöht werden.

i. c. Weißgerber Streit. Nach achtmonatiger Dauer hat der Streit in der Hirschbrücke Vorstadt in Aachen mit einem Vergleich geendet. Die Firma hat sich bereit erklärt, einen neuen Tarifvertrag für die Färberabteilung mit dem Zentralverband der Färber abzuschließen. Die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streitenden, deren Zahl 2000 betrug, erfolgte ohne Zwischenfall.

Der Niederrätschige Verband der Gewerkschaften. Der Vorstand der holländischen Gewerkschaftszentrale hat an Stelle seines ausgesetzten Vorsitzenden Henri Polak den jetzigen zweiten Vorsitzenden Brilens als solchen bis zur nächsten, den 26. und 27. April zu Amsterdam abzuhaltenden Jahresversammlung angetragen. Auf dieser wird ein Antrag eingebracht, den seitigen ersten Sekretär J. Oudeaest als bestellten Vorsitzenden und den zweiten Sekretär J. van den Tempel als ersten Sekretär zu ernennen. Auf der Tagessitzung der Jahresversammlung liegen Befürdungen über die dritten Föderationen der Gewerkschaften, welche letztere jetzt beiden Vorstandverbänden angeschlossen sind — und Unfallversicherung.

## Von Nah und Fern.

Schnellzug von Lawine verschüttet.

Wien, 2. März. Die Neue Freie Presse meldet aus Klagenfurt: Die heftigen Schneefälle der letzten Tage haben eine Stelle von Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. Am Sonntag mittag wurde der Triester Schnellzug von einer Lawine halb verschüttet und konnte erst nach mehrstündigem Arbeit aufgehäuselt werden.

Das Hochwasser in der Altmark.

Stendal, 1. März. Amstliche Melbung. Am 2. März wird der Verkehr zwischen Wittenberg und Greifswald wieder aufgenommen. Morgens, mittags und abends wird je ein Zugpaar verkehren.

Eine Rabenmutter.

Ölin, 2. März. Die Frau des Kellners Lehnen wurde wegen sorgfältiger Mißhandlung ihrer siebenjährigen Tochter, die sie an den Haaren durch die Wohnung getrieben, getreten und der sie Spülte und Trank vorerhalten hatte, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

## Legte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 2. März. In der Budgetkommission des Reichstages zirkulierten heute die ebenso umfangreichen wie geheimnisvollen Lieferungsverträge der Reichspostverwaltung. In die Verträge sollte nach dem Wunsche des Reichspostsekretärs nur ein kurzer Einblick genommen werden. Genosse Singer protestierte gegen dieses Verfahren und verlangte die Veröffentlichung der Verträge, damit eine genaue Prüfung vorgenommen werde. Es wurde schließlich beschlossen, eine Subkommission einzurichten, die diese Prüfung vornehmen soll. Eine längere Debatte entstand über die Portofreiheit der Fürsten. Eine Resolution, die diese bezeichnen wollte, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Berlin, 2. März. In der Finanzkommission des Reichstages lag heute der Vorsitzende Paasche, angeblich auf Wunsch der liberalen Bürgerlichen Mitglieder, sofort über den § 1 des Nachlasssteuergesetzes abstimmen. Der Paragraph wurde gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Die Abgeordneten Arentz, Weber und Wiener gaben darauf die Erklärung ab, daß die Abstimmung kein Voraussetzung für die Wahlversammlung sei, und sie sich vorbereiten, eventuell in der 2. Sitzung auf die Nachlasssteuer zurückzutunnen. Der Nationalliberaler Weber stellte den Antrag, zuerst eine Beratung und Abstimmung über den von ihm gezeichneten Antrag auf Einführung einer Reichsvormögenssteuer vorzunehmen und bis dahin die Beratung der Verträge Camp und Hecold auszuschieben. Einem (Soz.) verlangt, daß vorher die sogenannte Nebel- und Abstimmungsdebatte habe, wie weit die Verständigung unter den Blockparteien geblieben sei und ob bereits bestimmte Beschlüsse gefaßt seien. Bevor man nicht über diese Beschlüsse informiert sei, habe eine Weiterberatung gar keinen Zweck. Nach kurzer Geschäftsbürodebatte wurde der Antrag Weber angenommen und in die Beratung der Reichsvormögenssteuer eingetreten. Aus diesem Verhältnis der Blockparteien ist zu schließen, daß das Kompromiß noch nicht fertig ist. Das wird auch von dem heutigen Mittagsblatt des Tag bestätigt.

Die Aufnahmekommission der Blockparteien ist um vier weitere Schachzüge, die Wgg. Dietrich (cons.), Paasche (nat. lib.), Arentz (Reichsp.) und Müller-Meiningen (freiz.) verstärkt worden.

Ludwigshafen, 2. März. Hier wurden durch die dortige Eisenbahndirektionshaupträume grobe Unterhälften und Bahnfahrschungen zum Nachteil der pfälzischen Eisenbahnen entdeckt. Die unterhalte Summe beläuft sich auf etwa 85 000 M. Einer von den an den Unterhälften beteiligten Beamten namens Sebastian hat sich gelöst vergiftet. Er war 38 Jahre bei der Eisenbahndirektion bedient.

Frankfurt, 2. März. Wie der Frankfurter Zeitung aus Paris gemeldet wird, hat die russische Regierung auf die russischen Vorschläge hin sich bereit erklärt, in Wien die formelle Erklärung abzugeben, daß es auf jede territoriale Entschädigung verzichtet und eine soziale Politik verspricht. Hierdurch wäre eine gemeinsame Intervention der Mächte überflüssig geworden.

Kiel, 2. März. Auf dem Panzerschiff Habsburg wurde der Unteroffizier Gozda unter der Aufschuldigung antimilitärischer Propaganda verhaftet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Richard Bachert in Groß-Gerau

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Biller in Wiesbaden

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Allgemeine Gesellschaft

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten

# Arbeiter-Theater-Vorstellungen.

**Donna Diana.** Lustspiel in 4 Akten von Moreto. Doppelplatte 1,20 Mf. Einfafe 60 Pf. III. Wang 15 Pf. **Der arme Jonathan.** Operette in 3 Akten von Mittöker. Doppelplatte 1,50 Mf. Einfafe 75 Pf. Num. Galerie 40 Pf. Karten-Ausgabe von Mittwoch, den 3. März, ab an den bekannten Stellen. [8487] Die Theaterkommission des Arbeiter-Bildungs-Instituts.

**Metallarbeiter Markranstädt.** Mittwoch, den 3. März, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Uhr. **Ausserordentl. General-Versammlung** im Thüringer Hof.

Zugeschritten: 1. Vortrag des Genossen L. Mayerhofer über „Unfallversicherung“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Bevollmächtigten. 4. Gewerkschaftliches.

Die wichtige Tagesordnung verpflichtet die Rollen, zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

3 Prachtwerke zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

## Das Weltall.

M. Heymond.

Eine illustrierte Entwicklungsgeschichte der Natur nach dem heutigen Stande der Wissenschaft und unter Benutzung der besten Quellen.

Das elegante gebundene Werk enthält 720 Seiten mit nahezu 500 Abbildungen, 1. Sturmkarte, 1. Erdkarte und 4 geologische Landkarten in Farbendruck, Sach- und Namensregister

früherer Preis 14.— Mark, jetzt nur 3.— Mark.

## Die Wunder der Technik.

Ingenieur Johann Torka.

Eine illustrierte Geschichte der Erfindungen mit über 600 Textillustrationen und 4 mehrfarbigen Tafelbildern, Sach- und Nameindexregister, 760 Seiten stark, elegant gebunden

früherer Preis 14.— Mark, jetzt nur 3.— Mark.

## Tier- und Pflanzenkunde.

Dr. H. Klenze.

Eine illustrierte Naturgeschichte der Lebewesen mit nahezu 600 Abbildungen und 8 Tafeln in Farbendruck, mit Register über 700 Seiten stark, elegant gebunden

früherer Preis 14.— Mark, jetzt nur 3.— Mark.

Es handelt sich hier um ein ganz vorzügliches Angebot tadellos neuer Bücher.

**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft**  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21, und in sämtlichen Filialen, und Filialgeschäften der Vororte.

## Gebt den Blinden Arbeit!

Dem gebliebenen Publikum werden empfohlen: als Reihenkündigeben u. Büchernäcker: über Heinrich, Sebastian-Bach-Str. 17, d. p. r., 4. Mar., 61, Wagner Str. 55, Bürstenstr. 11. Artvordöring; Glaser Wess. 21, Jägerstr. 81, II., Marthe Ramine, Schleifz, Brodhaus 10, 10. Ott. Ulrich, Neuschönau, Melanchthonstr. 8, II. r., 1. St. Kugler, Kuglergasse 10, I. Als Klavierstimmer: 1. Schulze, Döner Str. 44, d. II. Als örtlich ausgedehnter und geprägter Mann: W. Bröschneider, Königsstr. 6, d. II. Verein f. erwerbstreibl. Blinde, Leipzig, Tauchaer Str. 6 (Hausvaterheim).

Klos-Asalon-Cigarette, stuck

2 Pt.

KLEINE KIDS

Beliebteste 2½ Pf. Cigarette

Klos-Kurprinz-Cigarette, stuck

3 Pt.

Klos-Jockey-Club, stuck

3 Pt.

3½ Pt.

Cigaretten-Fabrik „Klos“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

## 1 Maass-Paletot für 12 Mk.

für feinste Herrschaften von ersten Schneidern angefertigt.

Reinwollene getragene gereinigte

Serie I Serie II Serie III

**Maass-Paletots 6 Mk. 12 Mk. 18 Mk.**

**Maass-Anzüge 8 Mk. 14 Mk. 20 Mk.**

**Kaufhaus für Monatsgarderoben**  
**Reichsstrasse 26.**

Fracks u. Gesellschafts-Anzüge werden zu den bill. Preisen verliehen.

Strong reelles christliches Geschäft.

Abt. II Neue Garderoben.

# Löwenschenke

**Goldhahngässchen**  
Teil 8755, Inh. F. Oehler  
Trepp. aller Adressen Messerkell.  
Morgen und folgende Tage  
grossartiger Mess-Rummel.  
grosses Konzert u. originelle Überraschungen.  
Speisen und Getränke von bekannter Güte. [8811+]

**Bei Drüsens, Skrofeln**  
englischer Krankheit, Blutarmut, Hals- und Lungenkrankheit, Husten, zur Stärkung bläßärmer, schwächlicher, in der Entwicklung zurückbleibender Kinder empfiehlt eine Kur mit meinem beliebten

**Lahusen's Lebertran**  
**„JODELLA“**

Leicht zu nehmen und zu vertragen. — Preis

Mark 2.30 und 4.60. — Alleiniger Fabrikant:

**Apotheker Wilh. Lahusen, Bremen**  
Da Nachahmungen, achte man auf die nebenstehende Figur und den Namen „Jodella“. [27848]  
Frisch zu haben in allen Apotheken. — Haupt-Niederlage in Leipzig: Dr. E. Mylius, Engel-Apotheke; in Leipzig-A.-Cr.: Hubertus-Apotheke; in Leipzig-R.-I. Ost-Apotheke.

Kennen Sie schon



Nein? Dann lesen Sie:

**Siegerin** ist die denkbar feinste Margarine und gleich der besten Molkereibutter in jeder Verwendungsart vollständig.

**Mohra**-Margarine ist schon lange als Butter-Ersatz für Tafel und Küche bekannt und sehr beliebt.

Ueberall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, A.-G. Altona-Bahrenfeld.

Restaurant Georg Porst

Eberhardstrasse 13. Empfehl. Genossen und Freunden mein Rosal.

Guter Mittagstisch.

Blow zum mässigen Preis.

Blaue zum mässigen Preis.

Zufrieden. Besuchslab. ein D.O.

Zigarren

In grösster Auswahl und in jeder Preiss-

lage führt. in nur besten Qualitäten.

H. Stöckert, V. Eisenbahnhstr. 13 B.

Ein Massanzug 16 Mk.

Ein Paletot 16 Mk. Schicke Fäss. Mod.

Dess. Mstr. fr. Max Becker, Ritterstr. 17

**Möbel-Fabrikklager**

Nur noch kurze Zeit!

Zototer: Ausverkauf

weg. piid. Ums. Nordstr. 10.

Stil. günst. Kaufseleganzen.

Um schnellst. damit zu räumen,

vert. zu d. dents. bill. Preisen

etw. Galon i. Blah. u. Ruhb.

engl. Schloss. in allen Holz- u.

Gitarren, Blützgarnit. i. all.

Farben, Schrank, Vertikale,

Trum.-Sp. Blüf. u. Schreib-

tische, Blatt. u. W., Sof. u. und.

Küchen-Gir. in all. Farben u.

noch versch. sof. billig zu vert.

**Nordstraße 19**

Sof. Fabrikgebäude.

A. vorw. Facklam.

Zur März-Feier

erschienen und durch die Austräger der Volkszeitung zu beziehen:

**März-Schrift**

1909

mit einer Kunstabteilung

Der Unbesiegbare.

Preis 20 Pf.

Volksbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Str.

## Geld-Lotterie.

**Melsener Dombau-Lose.**

Richtung 4. bis 9. März.

zu 3 M. Porto und Ziff. 30 Pf.

Völkerschlacht, Dresden. Pferdel.

**Friedrich Köthe**

Zeitz, Nürnberger Str. 5.

**LOSE** Meißner Dombau-

Geld-Lotterie.

Richtung 4. bis 9. März.

zu 3 M. Porto und Ziff. 30 Pf.

Heinrich Schuster

Zeitz, Peterssteinweg 11.

## Arbeiter-Frauen!

Bezieht Euch bei Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung.

1000 wertvolle Geschenke

für die Leser dieser Zeitung. Jeder, der bei uns einen 10 Pf. Emaile-Eimer Delikatesse-Pflaumenmus franko für M. 2.50, oder einen 10 Pf. Emaile-Eimer Küst. Honig franko für M. 3.25 oder 8 Pf. feinste Delikatesse-Margarine franko für M. 5. — kostet anhalt ein wertvolles Geschenk. Keine Nebenkosten. Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser ausgesetzt sind. — Jeder Besteller erhält einen prakt. Gebrauchsgegenstand gratis. Versand-Gesellschaft Magdeburg 170 Post 181.

## Extra billiger Gelegenheitskauf.

Großer Posten neueste Kleider- u. Rostäuscherstoffe weiß für Konfirmanden, Stores, Gardinen, Nestle für Herren- u. Knabenstoffe. W. Prell, Seitzer Straße 7, vorn. Stein Leben.

## Bade- und Schwimm-Anstalten.

**Königin Carola-Bad** Fango-Behandlung, Dampf-, Bannen-, Elektro, Licht, Koblenz, Kur-Bäder, Schwimm-Basseln. Jeden Dienstag: Volkstag. Eintritt 20 Pf.

**Diana-Bad** Dampf-, Wannen-, Kur-Bäder Schwimm-Halle Lange Str. 8 Schwimm-Unterricht. Jeden Dienstag in der Schwimmhalle Eintritt 20 Pf.

**Bad Mildenstein** Schletterstr. 11. Wannenb. I. Kl. 80 Pf. Sämtl. Kur-Bäder (Krallenf.)

Vom bekannten Werke: Ratgeber für Arbeiter

ist noch ein kleiner Heftlein zum zurückschicken Preis von 50 Pf. abzugeben. Der frühere Preis war 1.25 M. Das dauerhaft gebundene, über 200 Seiten starke Werk enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen aus den Arbeiter-Vertragsgesetzen und der bürgerlichen Gesetzgebung. Genaue Sachregister ist dem handlichen Buche beigegeben.

Zu beziehen durch alle Filialen und das Hauptgeschäft der Volksbuchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

**Dank.** Für die so vielen Beweise lieboller Blumenstrauß beim Helden unseres lieben Sohnes Hans

sagen wir allen, besonders Herrn Lehrer Lindner und der S. Schullasse der 13. Bürgerliche hierdurch unsern innigsten Dank. B. Kielnhofer, den 1. März 1900. Hirzelstraße 27. Familie Bruno Böttger.

Am 28. Februar verschied nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau

**Friederike Laube.** Beerd. Mittwoch, vorm. 10 Uhr, Südfriedhof. Robert Laube, Maurer.

## Nachruf.

Hiermit esfüllen wir die traurige Pflicht, abermals bei Tod eines der U. jern, des Obermaschinistenmeisters

**Karl Kirst** angewiesen. Wir verlieren in ihm einen unserer ältesten Kollegen und Mitarbeiter. Ihm sei die Erde leicht. 8441] Das Gesamtpersonal der Firma C. Garbe.

Verb. der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

Am 27. Februar verschied unter Kollege, der Steindrucker

**Karl Kirst.** Wir verlieren in ihm ein langjähriges, treues Mitglied und werden seiner stets gedenken.

**Der beste Metall-Putz**

**Globus-Putzextrakt**

überall erhältlich

# 1. Beilage zu Nr. 50 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 2. März 1909.

## Politische Uebersicht.

Der Kuhhandel perfekt?

In das Dunkel der Kuhhändlerstube, in der die vier politischen Schächerjuden Gamp, Weber, Wiener und Dietrich zusammenstehen und geschäftig über das Finanzkompromiss verhandeln, fällt ein Lichthimmer. Noch war ist das Ergebnis des Kuhhandels nicht bekannt, aber man hört „Gerüchte“. Man „erfährt“, man erfährt sogar „ganz zuverlässig“, daß eine Einigung erzielt sei, daß aber die Einzelheiten dieser Einigung „streng vertraulich“ behandelt würden; nicht einmal den Mitgliedern der Fraktionen seien bisher authentische Mitteilungen gemacht worden. Nach den „Gerüchten“, die die bürgerliche Presse wiedergibt, ist die Einigung auf Grundlage des Antrags Gamp-Weber zustande gekommen, wonach erhöhte Matrikularkarträge auf Grund von Besitzsteuern vorgesehen werden, die die Einzelstaaten erheben sollen. Das Berliner Tageblatt gibt noch eine andre Meldung wieder. Danach soll das Kompromiß nur 50 Millionen Matrikularkarträge vorschlagen, die restlichen 100 Millionen aber durch Besitzsteuern aufzubringen wollen, die aber nicht das Reich, sondern die Einzelstaaten, und zwar vom Einkommen erheben sollen. Die Verteilung soll der Bundestag bestimmen.

Ob nun in der einen oder der andern Form richtig: auf jeden Fall entspricht diese „Lösung“ genau den Wünschen unserer Agrarier. Dem Reiche werden aus Reichsmitteln nur indirekte Steuern bewilligt, der Rest wird den Einzelstaaten zur Erledigung überlassen. Wie die „veredelten“ Matrikularkarträge, die famosen „Besitzsteuern“ aussehen sollen, das geht ja deutlich aus dem Antrag Gamp hervor, der diese Besitzsteuer direkt zur Einkommensteuer machen und sie bereits bei 900 M. beginnen lassen will. Außerdem haben die Junker in dem Bundesstaat, der für sie in erster Linie in Betracht kommt, in Preußen, einen so ausschlaggebenden Einfluß, daß man diese famose Besitzsteuer ohne Schwierigkeiten so gestalten kann, daß „die Landwirtschaft“ so gut wie völlig frei bleibt. Noch in ihrer Sonntagsnummer erklärte die Kreuzzeitung es für unwahr, daß Herr Böllow mit Erfolg auf die Konservativen eingewirkt und ihnen erklärt habe, er wolle den Block nicht beiseite schieben lassen. Das Gegenteil sei der Fall. Und mit äußerster Schärfe hält das Blatt den Standpunkt der Konservativen in der Finanzreform fest.

Mit andern Worten: auch diesmal wird die Blockpolitik so gemacht, wie bisher, der Junker ordnet an und der Liberaler stimmt zu. Diesmal ist die völlige Einflusslosigkeit des Liberalismus noch besonders drastisch zum Ausdruck gekommen, weil dieses „Kompromiß“ sich völlig auf der Linie bewegt, die die Junker vorher mit den Pfaffen festgelegt hatten. Vor wenigen Tagen erst rühmte die Kölnische Volkszeitung, daß für das Schicksal der Nachlasssteuer die Haltung des Zentrums entscheidend gewesen sei. In der Tat: die Blockpolitik besteht nur noch darin, daß die Liberalen dem zustimmen, was Junker und Pfaffen vorher unter sich ausgemacht haben.

Eine andre Frage freilich ist, wie die offizielle Stellung des Zentrums in Zukunft sich gestalten wird, nachdem es bei einem so entscheidenden Punkte des Antizentrumblocks den Rückschlag gegeben und den Junkern geholfen hat, den Widerstand des Liberalismus niedergeworfen.

## Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Nur dem Reichstage.

Berlin, 2. März. Bei der Fortsetzung der Kolonialdebatte am Montag trat Staatssekretär Dernburg einen Rückzug an, der nicht zu den glorreichen Heilreden der Weltgeschichte gehört. Dernburg ist in sich gegangen und gesteht ein, gesündigt zu haben wider Arendts Gebote. Er will es aber wirklich nicht wieder tun. Es sind ja bloße Kleinigkeiten, die ihn Dernburg, von dem allein seitgängenden Kolonialsystem Arendt-Lieberknecht trennen. Mit anglistischer Geöffnetheit bemühte sich der frühere Direktor der Darmstädter Bank um den Nachweis, daß er dem Reichsverbandsgeneral nicht auf die geheierten Hühneraugen habe treten wollen. Beileibe nicht habe er davon gedacht, den Liebknecht für die 25 Aufstände verantwortlich zu machen. Und mit fast noch gräßlicher Geöffnetheit unterschrieb er das Pauschallob, daß der Ede Gans zu Pultz unterschiedlos allen den „Helden“ der deutschen Kolonialpolitik geliebt hat. Darunter ist also auch der jetzt wieder verheiratete Jagobja-Peterk einbezogen. Seine kleinen Attacken auf Arendt, suchte Dernburg durch plumpes Schimpferien im Reichsverbandsstil auf die Sozialdemokratie weit zu machen. Augenscheinlich läuftet der liberalisierende Konzessionschulze in der Regierung Böllow durch die Anerkennung, die unsere Fraktionsredner Noske und Eichhorn gewissen Fortschritten in der Behandlung kolonialer Dinge gehabt haben, bei seinem kolonialen Herrn kompromittiert zu werden.

Außen dem Genossen Noske sprachen noch der Antisemit Werner, dem es die Diamanten anstanden haben, und als Vertreter des kolonialen Kommiss gewordenen Freisinn die Herren Ablash und Storck. Der letzte pries die Negro glücklich, weil die deutsche Herrschaft sie von ihren einheimischen Dämonen befreit habe. Wegen der großen parlamentarischen Absättigung, die bei Böllows Rat befindet, wurde nach Erledigung des österreichischen Staats abgebrochen, nachdem eben noch der Block zur Illustrierung Böllowscher Sparmautspolitik einen Anstrich der Kommission wieder bestätigt hatte. Am Dienstag denken Block und Zentrum, gefürchtet und einander nahe gebracht durch nahmatische Speisen beim schönen Bernhard, den Rest des Kolonialsets zu bewältigen und außerdem noch ein paar Durchend-Rechnungsachen abzuholzen.

Der Schuhherr der Spiegel.

Es ist ein trauriger Beruf, Minister des Innern in Preußen zu sein. Nur eine ganz besonders organisierte Menschenfamilie bekommt es fertig, die Verantwortung für alle die reaktionären Insammlungen zu übernehmen, die jahraus jahrein in dem reaktionärsten Refugium des reaktionärsten Staates infiziert werden. Diesmal hatte Herr

Moltke die schmacvolle Aufgabe, das schmückige System der preußischen Polizei zu verteidigen, das am Freitag mit schmuckloser Schärfe von Genossen Hirsch von der Tribüne des preußischen Landtags herab gebrandmarkt war. Weltbekannt sind die Demaskierungen Berliner Polizeileumunen durch unsre Berliner Genossen. Fast jeden Monat gelingt es, einen in der Maske eines Arbeiters wandelnden Berliner Kriminalschuhmann, der sich der Parteiorganisation angelassen hat, vielmehr seine Beiträge bezahlt und die radikalsten Gehreden hält, zu demaskieren, ihn zu photographieren und sein Bild im Schauspieler der Parteigeschäfte auszuhängen. Bekannt ist auch der Fall des Polizeikommissärs Schwane, des Olsen ehrlichen Wohlfälschers und Erpressers, der heute noch nicht, trotz seiner Verbrechen, zur Rechenschaft gezogen ist. Und was hatte gestern der Polizeiminister diesen unerträglich erblichen Sachsen gegenüber zu sagen? Beugnet er sie? Oder schüttelt er die Spiegel von sich ab? — Nicht doch. Er stellt sich hin und erklärt: wenn sich die Polizei der Geheimpolizisten bedient, so steht sie dabei nicht vor der Frage: ist das schön oder nicht? sondern vor der Frage: ist das notwendig oder nicht? — Und weiter: solange die Sozialdemokratie ostentativ und demonstrativ auf der Straße erscheint, sind Geheimpolizisten nicht überflüssig! Vater, vergib ihm; denn er weiß nicht, was er redet!

Erstens hat die Polizei ihre Spiegel schon gehabt, als die Sozialdemokratie an Straßendemonstrationen noch gar nicht dachte; dann aber ist die Straßendemonstration das unveräußerliche Recht der Massen zur Bekundung ihrer politischen Wünsche. Dieses Recht hat selbst die sächsische Regierung anerkannt, vom Ausland ganz zu schweigen. Wenn diesem Herrn Moltke also schon die Straßendemonstrationen einen genügenden Vorwand zur Rechtfertigung seines Verfolgungssystems bieten, so beweist er nur, wie erbärmlich schlecht es mit seinen Grünen bestellt ist. Um wichtigster aber ist für uns die Erörterung dieses Mannes, daß die Frage der Verfolgung nicht eine Sache der Moral, sondern des politischen Nutzens ist. Mit dieser Jesuitenmoral tritt der Brabe jedes Sittengesetz in den Schmutz. Denn das sieht er hoffentlich ein, daß mit derselben Phrase, mit der er die Verbrechen der Polizei beschönigt, jedes Verbrechen, beispielweise auch der politische Mord, gerechtfertigt werden kann. Als man beispielweise den König von Portugal 1908 ermordete, sagten sich seine Mörder: Wir stehen nicht vor der Frage, ist das schön oder nicht, sondern vor der Frage: ist das notwendig oder nicht. Damals hat man die Mörder, oder die man dafür hielt, unter wahnsinnigem Beifall der preußischen Junker niedergeschlagen. Sieht beherrscht uns Herr Moltke, daß die Grundsätze, um deren willen damals die Mörder Carlos erschossen wurden, auch die Grundsätze des Ministeriums des Innern in Preußen sind.

## Aerzte und Krankenkassen.

Der Vorstand des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen veröffentlicht in der Frankfurter Zeitung eine Erklärung zu dem an die Adresse des Staatssekretärs Bethmann-Hollweg gerichteten offenen Brief des Leipziger Aerzteverbandes. Er wendet sich darin entschieden gegen die Behauptung, die Krankenkassen dictierten den Aerzten, unter welchen Bedingungen sie ihren Veruf ausüben hätten. Das Gegenteil sei richtig; nicht die Krankenkassen, sondern die ärztlichen Standesorganisationen befänden sich in der Rolle des Diktators. Es wird ferner die Unmöglichkeit der unbeschränkten freien Arztwahl dargelegt und nachgewiesen, daß auch die Klagen über die schlechten Honorare unzutreffend sind. Im Jahre 1885 haben die Krankenkassen 9 000 045 Mark für ärztliche Behandlung ausgewendet, 1907 hingegen 63 925 782 Mark. Die Zahl der Versicherten ist in diesem Zeitraum gestiegen von 4 204 178 auf 11 721 700. Ohne die Krankenversicherung würden die Aerzte nie und nimmer eine solche Bezahlung von der Masse der Arbeiter erhalten haben. Wörtlich heißt es dann weiter:

Die Krankenkassen befinden sich den Aerzten gegenüber in schlimmer Lage, da sie gelegentlich gezwungen sind, stets ärztliche Hilfe in natura zu gewähren, während auf der andern Seite für die Aerzte keine Verpflichtung zur Hilfeleistung besteht. Dazu kommt der Mangel der Aerzte an der gewerkschaftlichen Organisation. Diese Gewerkschaft — der Leipziger Verband — arbeitet mit den schlimmsten Mitteln. Sie führt umfangreiche schwärzelisten, sie streikt und boykottiert, wenn sie solche Maßnahmen für erforderlich hält. Alle Stellen, die auf die ärztliche Hilfe angewiesen sind, seien es Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Lebensversicherungen, Staatsbehörden usw., werden von dieser Organisation fortgeführt. Die Krankenkassen stehen ständig unter Streitgefahr. Die Tagespresse sucht der Leipziger Verband in der einsichtigen Weise zu beeinflussen. Die gesetzliche Standesorganisation ist der wirtschaftlichen Organisation in mißbräuchlicher Weise dienstbar gemacht worden. Sie wird insbesondere dazu benutzt, die vielen anders denkenden Aerzte gegenüber dem Aerztekammus der gewerkschaftlichen Organisation zum Schweigen zu bringen. Durch die Verquälung von wirtschaftlicher und Standesorganisation hat sich der Aerztekammus ein Mittel geschaffen, wie es keiner anderen Organisation zur Verfügung steht. Der Leipziger Verband beherrschte die Standesorganisation, die Ehrengerichte, die wissenschaftlichen Fachvereine, die ärztliche Stellen- und Praxisvermittlung. Gestützt auf eine solche Machtstille bringt er jeden Widerspruch aus den Kleinen der Aerzte mit der ihm eigenen Schärfe der Tonart und Märschlichkeit zum Schweigen. Die Krankenkassen erwarten, daß in der Reichsversicherungsordnung Maßregeln vorgesehen werden, durch die sie vor Drangsalierungen und Vergewaltigungen durch die Aerzteorganisationen geschützt werden. Dem schlimmen Treiben des Leipziger Verbands den Krankenkassen muß ein Ende bereitet werden, wenn nicht die Krankenversicherung verklammern und im wesentlichen eine Existenzversicherung der Aerzte werden soll.

Zum Schlus wird dann noch betont, daß alle Krankenkassen, seien es Orts-, Betriebs- oder andre Kassen, einmütig in der Abwehr der unberücksichtigten Forderungen der organisierten Aerzte zusammenstehen, und energisch den neuerdings wieder in dem Kölner Streite von der Aerzteorganisation gemachten Versuch zurückgewiesen, die Haltung der Krankenkassen auf das Konto einer bestimmten politischen Partei — der Sozialdemokratie — zu setzen. In Köln lämpsen Orts- und Betriebskrankenkassen zusammen. In dem Kölner Streit sind alle

Krankenkassen interessiert. Bei diesem Streit handelt es sich darum, ob die Krankenkassen auf Grund ihrer gesetzlichen Selbstverwaltung und Vertragsfreiheit Einsturz haben sollen auf die Wahl eines Arztsystems, das den Bedürfnissen der Krankenkassen und der Aerzte gerecht wird, oder ob sie der Diktatur des Leipziger Verbandes unterworfen sind und damit die zwangsweise Einführung der freien Arztwahl über sich ergehen lassen müssen.“

## Gegen den Staatsstreich in Niel.

Eine große Versammlung protestierte gegen die Einführung des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Niel. Der sechzehnjährige Reichstagabgeordnete Dr. Leonhardt erklärte, daß die Initiative zu dieser ungeheuerlichen Verschlechterung nicht vom Minister des Innern, sondern vom Oberbürgermeister Dr. Fuchs ausgegangen sei. Da sämtliche Stadtverordnete Niel auf die schleswig-holsteinische Städteordnung verpflichtet seien, so handle es sich, wenn die Vorlage angenommen werde, um einen Rechtsbruch aller schlimmster Art. Er forderte die Stadtverordneten auf, ihre Mandate niederzulegen, wenn sie in einen Gewissenskonflikt kommen sollten. Der frühere liberale Reichs- und Landtagabgeordnete Hanke sprach sich ebenfalls in schärfster Weise gegen die geplante Abänderung aus. Nebrigens hat bereits am Sonntag eine Versammlung von Vertretern unter schärfstem Protest gegen die geplante Wahlrechtsänderung beschlossen, den Landtagabgeordneten Hoff beim Minister des Innern vorstellig werden zu lassen und die städtischen Kollegen zu ersuchen, die Beratung über die Vorlage auszuschieben, bis das Resultat dieser Audienz vorliege, sonst aber die Vorlage abzulehnen. Auch unsre Genossen haben eine energische Protestbewegung gegen die wahlrechtsräuberischen Absichten des Magistrats eingeleitet.

## Psäfische Toleranz.

Die liberale Presse hat wieder einmal einen „Fall Graninger“, über den sie sich nach Gebühr entzüsten kann. Der Bamberger Erzbischof Dr. v. Albert hat den katholischen Pfarrer Tremmel in Wolfsbach, einen Freund des vor einiger Zeit von demselben Kirchenfürsten gemahrgelosten liberalen Pfarrers und bairischen Landtagsabg. Graninger, zur Verantwortung gezogen, weil er am 22. Januar in einer Versammlung des Jungliberalen Vereins zu Bayreuth einen Vortrag über den Liberalismus gehalten hat. Bei dieser Gelegenheit hat sich Tremmel als Mitglied dieses Vereins bekannt. Er wurde nun zur Sitzung des Metropolitankapitels nach Bamberg geladen, um sein Urtheil einzugehen, da er als katholischer Priester sich nicht als Buehndiger der liberalen Partei bekennen dürfe. Erzbischof v. Albert soll von der Münchner Rurikia auf die „Verfehlung“ seines Priesters aufmerksam gemacht worden sein. Hinter dieser wieder stellte offenbar die bairische Zentrumspartei, die sich die „unlaute Konkurrenz“ des liberalen Seelenhüters in der politischen Verdummung der katholischen Schäfchen nicht gefallen lassen will. Die liberalen Blätter, die die Maßregelung jedes Staatsangehörigen, der sich zur Sozialdemokratie bekannte, als etwas Selbstverständliches billigen, regen sich über diese „Unzulässigkeit“ mächtig auf und verlangen, daß den liberalen Pfäffern so gut wie den zum Zentrum schwören den Recht der politischen Vergebung ihrer Gemeindemitglieder zugestanden wird. Von welcher Qualität übrigens den Liberalismus des Herrn Tremmel ist, zeigt seine Antwort auf die Frage des geistlichen Inquisitors vor dem bischöflichen Ordinariat, wie er zu dem liberalen Programmpunkt der uneingeschränkten Lehr- und Lernfreiheit stehe. Er erklärte, daß er gegen eine Lehrfreiheit sei, die z. B. jedem an einer Volks- oder Mittelschule angestellten Lehrer freilasse, atheistische oder materialistische Anschauungen vorzutragen. Lehrfreiheit in diesem Sinne verlangt aber auch kein ernst zu nehmender Liberaler. Damit hat der liberale Zentrum vollkommen recht; das Prinzip ist den Liberalen schon längst nicht mehr als ein Feigenblatt, mit dem sie ihre reaktionären Blößen bedecken.

Die geistliche Untersuchungsbehörde entschied, daß Tremmel zweifellos dadurch den schuldigen Gehorsam gegen seinen bischöflichen Vorgesetzten verletzt habe, daß er entgegen einem fälligen im Fall Graninger erlassenen Verbot an einer liberalen Versammlung teilgenommen und die Mitgliedschaft in einem liberalen Verein erworbene hat. Die Summation, eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß er durch sein Auftreten im Jungliberalen Verein dem Clerus und dem Volke Vergernis gegeben habe und daß er dieses Vergernis wieder gut machen wolle, hat Tremmel aufzudrehen; er will gegen das Vorgehen des Erzbischofs Berufung einlegen und außerdem zur Wahrung seiner Staatsbürgerschaftsrechte den Landesfürstlichen Schutz anrufen. Dessen wird's ihm im Lande der uneingeschränkten staatsbürgerschaftlichen Gleichberechtigung natürlich nichts.

## Aus dem „liberalen“ Hessen.

In dem Arbeiterorte Mühlheim a. M. führen zwölf Genossen im Gemeinderat, die zweimal den Sozialdemokraten Bahm zum Bürgermeisterabgeordneten wählten. Die Regierung lehnte die Bestätigung des Genossen ab und ernannte einen Zentrumsmann, zum Begeordneten. Als im August 1908 der Bürgermeister versetzt war, berief sein Stellvertreter eine Gemeinderatssitzung ein, die aber nicht abgehalten werden konnte, weil von den zwölf Genossen elf ohne Angabe von Gründen nicht erschienen waren; der zwölfte konnte wegen Krankheit nicht an der Sitzung teilnehmen. Der Kreisausschuß in Offenbach verhängte darauf in nichtssinnlicher Sitzung über die elf „Rentienten“ eine Ordnung, daß sie Strafe von je 50 M. ohne die Verfahren auch nur zu hören. Gegen die Entscheidung des Kreisamtes wurde Rekurs an den Provinzialausschuss der Provinz Starkenburg erhoben. In der Verhandlung am Sonnabend bestritt der Vertreter der Bestraften, daß die fragliche Einladung ordnungsmäßig erfolgt sei, weil sie nicht vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter unterzeichnet worden war. Es sei eine Verkränkung der Selbstverwaltung, die geradezu das freie Wahlrecht illustriert mache, wenn die Regierung gegen den Willen der großen Mehrheit des Gemeinderats einen Belagerungs-

Das Urteil lautete auf Verwerfung des Rekurses, unter Berücksichtigung der Rekurrenz in die Kosten des Verfahrens sowie Verhängung einer Abfindungssumme an die Provinzialfirma im Betrage von 55 M. (jeder 5 M.) unter polizeilicher Haftung.

Berlin, 2. März. Eine Einladung an die städtischen Behörden Berlins, im Sommer d. J. der Stadt London einen Besuch abzutun, hat die Londoner Stadtverwaltung beschlossen. Der Berliner Magistrat schlägt nun der Stadtverordnetenversammlung vor, die Einladung anzunehmen und in der Woche vor oder nach Pfingsten 20 Stadtverordnete und 10 Magistratsmitglieder nach London zu senden.

Die Einreise der Wach- und Schließgesellschaften und der Privatwachstypen in die Gewerbeordnung wird, wie das Berliner Tageblatt meldet, zurzeit bei den zuständigen Stellen erwogen. Der Eigenart der bestehenden Gesellschaften würde am geeignetesten durch eine Unterstellung unter den § 37 des

Gewerbeordnung entsprochen werden; den Umsang der Besitznisse und die Verpflichtungen der Gesellschaften — unter anderem auch das Recht zum Tragen von Waffen und Uniformen — könnten die Landesbehörden festlegen. Die Anstellung von Wächtern würde der polizeilichen Genehmigung unterliegen.

**Offizielle Veröffentlichung der Reichstags-Kommission-Beschlüsse.** Auf Veranlassung der Handelskammern zu Kottweil, Calw, Ulm und Reutlingen riefte der Präsident des Deutschen Handelsrates, Reichstagsabgeordneter Kampf, an den Reichspräsidenten ein Schreiben, in dem um sofortige Veröffentlichung der Beschlüsse der Reichstagskommission durch das Reichstagsbüro gebeten wird. Begründet wird das Verlangen mit der jetzigen Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Neuierung der Betroffenen auf die von den Kommissionen gesetzten Beschlüsse.

Gegen die preußische Berggesetzmövle und besonders die harin vorgesehene Institution der "Sicherheitsmänner" laufen jetzt auch einige im Fahrwasser der Unternehmer segelnde Bergbeamtenvereine Sturm. So hat sowohl der Verband technischer Grubenbeamtenvereine im Überbergamtbezirk Dortmund, wie der Verein technischer Bergbeamten Oberschlesiens Beschlüsse gefasst, die mit den zur Genüge gewidrigten Gründen der ältesten Scharfmacherverorganisationen die Einrichtung von Arbeiterkontrollen verwerfen. Da die erwähnten Vereine von den Unternehmern direkt subventioniert werden und auch sonst mit ihnen in engerster Füllung stehen, ist ihre Stellung nicht weiter verwunderlich.

**Arzte spart.** Die Oberpostdirektion Düsseldorf hat 100 Postunterbeamten zum 1. April gekündigt. Von den Betroffenen waren 58 in Düsseldorf, circa 50 in Essen usw. beschäftigt. Es handelt sich um sogenannte Aussteller, die die Briefträger in dem freien halben Tag, den sie in der Woche haben, vertreten. Die freien halben Tage werden bementprechend eingekürzt oder ganz abgeschafft. Auch die mittleren Beamtenstellen werden verminder-

**B. Eine Aktion des preußischen Kriegsministers mit Hindernissen.** Wir berichteten im Januar, als Genosse Netteböhni von der Dortmunder Arbeitserziehung wegen des bekannten Schindernicht-Artikels vor der Strafammer stand, daß nach einem von dem Verteidiger gestellten Ablehnungsantrag sich die Richter selbst für befangen erklärt, weil Reserveoffiziere darunter waren. Am Montag stand der Prozeß in zweiter Auflage statt. Diesmal war eine "offizielle" Strafammer gebildet worden. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte jedoch Genosse Netteböhni den Vorsitzenden, Landgerichtsrat Richter, mit der Begründung ab, daß dieser von sehr drakonischen Urteile falle und ihm als sozialdemokratischer Redakteur daher nicht unbefangen gegenüberstehen könne. Als Beweis legte Genosse Netteböhni dem Gerichtshof einen "Abschreckungstheorie" beittelten Artikel vor, der in der letzten Sonnabendnummer der Arbeitserziehung erschienen war und sich mit der Person des Landgerichtsrats Richter befaßte. Es wurde nur eine sogenannte Beschlußammer aus drei Richtern gebildet, die nach anderthalbstündiger Verhandlung den Antrag ungestillt Genosse für begründet erachtete, trotzdem sich der Vorsitzende der Beschlußammer gegenüber für unbefangen erklärt hat. Der Vorsitzende ist also von seinen eigenen Vertrauenskollegen wohl belangen erachtet worden. Aus dem Grunde wurde die Verhandlung vertagt und der Schindernicht-Prozeß erledigt in Dortmund noch eine dritte Auflage.

**Bei der Reichstagswahlauswahl in Gelsenkirchen-Verden** werben die Bündler des Nationalliberalen Dr. Hettigenstadt gegen den Westen unterstützen. Es versteht sich von selbst, daß diese Unterstützung nur gewährt wird, nachdem der nationalliberale Kandidat sich verpflichtet hat, im Reichstage den Agrarern in allen wirtschaftspolitischen Fragen Hörigenstreit zu leisten.

**Nationalliberale Kandidatur.** Im Wahlkreis Stade-Bremervörde, der bisher von dem Nationalliberalen Reese vertreten war, haben die nationalliberalen Vertrauensmänner den hessischen Dr. Hoppe in Kämpe bei Stade aufgestellt.

**Zum Prozeß Berger.** Der im Prozeß Berger zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte und nach Paris geflüchtete Dr. Algenstein wird am Mittwoch von Paris nach Berlin zurückkehren und wird sich, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist, zur Verbüßung der Strafe dem Staatsanwalt zur Verfügung stellen.

**Der Vorstand des Deutschen Städtebundes** hielt am Sonntag eine Sitzung ab, in der die Stellung genommen wurde gegen das Wahlkammergesetz, weil dieses den Städten Kosten auferlege. Außerdem wurde Protest erhoben gegen die vom Reichstag beschlossene Anrechnung der Militärdienstzeit für die Militärantwärter. In dieser Angelegenheit soll eine Deputation beim Reichskanzler vorstellig werden.

**Aus Württemberg.** Die sozialdemokratische Presse Württembergs hat seit einigen Jahren schwere Klagen über die ungünstige Feststellung der Wahlergebnisse geführt. Jetzt endlich hat die Regierung diesen Beschwerden Rechnung tragen und die in nächster Zeit stattfindende Landtagswahlauswahl für Ulm auf einen Sonnabend festgelegt. Damit wird den außerhalb ihres Wohnsitzes beschäftigten Arbeitern die Teilnahme an der Wahl wesentlich erleichtert. In der Finanzkommission der Zweiten Kammer wurde von sozialdemokratischer Seite aus diesem Anlaß die Frage der Sonnabendswahl angeschnitten, die Regierung vertrieb es aber, eine prinzipielle urhebende oder zustimmende Antwort zu geben. Das schwerste Hindernis bilden die bürgerlichen Parteien, von denen besonders das Zentrum, sehr im Gegensatz zum bayrischen Zentrum, in der Erfüllung der Sonntagswahl eine "schwere Gefährdung des Sonntagsfriedens" erblickt. Aber auch die demokratische Volkspartei stemmt sich gegen die Sonntagswahl und verhindert so einen wesentlichen Fortschritt.

**Alte politische Nachrichten.** Im indischen Distrikt Kochi kam es zwischen einer Bande von sechzig Eingeborenen und einer Militärpolizeiabteilung zu einem Zusammenstoß, wobei elf Eingeborene getötet und einer gefangen wurde, während die Polizeitruppe einen Toten und zwei Verwundete hatte. — Der Herzog von Braganza, der Sohn des 1884 gestürzten Infanten Miguel von Braganza, will in den nächsten Tagen in aller Form auf seine Thronansprüche auf Portugal verzichten und den König Manuel offiziell anerkennen.

## Frankreich.

### Befristeter Aufenthaltsverbot.

**Paris, 2. März.** Das Justizpolizeigericht verurteilte den Kellner Wattis, der am 25. Dezember 1908 den Überfall auf den Präsidenten Galliéra unternommen hatte, zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Aufenthaltsverbot.

## Rußland.

### Der Reichstagsrat.

**Peterburg, 1. März.** Reichsbüro. Heute begannen die Beratungen über das Reichsbudget; zunächst wurde über den Etat der Reichskontrolle verhandelt. Der Präsident der Budgetkommission, Professor Alexi (Oktobrist) hielt eine von fast allen Seiten befällig angenommene Rede über die Finanzlage Russlands. Er betonte, daß die ordentlichen Ausgaben in den letzten zwei Jahren jährlich um 188 Millionen Rubel gewachsen seien gegen ein stärkeres Steigen von 80 Millionen. Die Ausgaben für Heereszwecke, die um 46 Millionen gestiegen sind, betragen jetzt, fügt Alexi fort, 43½ Prozent, die Ausgaben für Kulturzwecke nur 12½ Prozent der Gesamtausgaben. Auch im außerordentlichen Etat beanspruchen die Ausgaben für die Landesverteidigung den Löwenanteil, und eine weitere Steigerung ist in Zukunft zu erwarten. Die ordentlichen Einnahmen sind um 90 Millionen gestiegen, weit mehr als

früher; aber bei näherer Prüfung hat die Budgetkommission den Einnahmeetat etwas optimistisch veranschlagt. Das Wachsen der Einnahmen ist hauptsächlich dem Branntweinmonopol, das mit direkten Steuern 68 Prozent der Einnahmen ausmacht, und den Eisenbahnen zu verdanken. Ferner sagte Alexi: Trotz bestreitender Tente im Jahre 1908 bediente Russland den Weltbedarf. Die Handelsbilanz gestaltet sich immer ungünstiger. Die Ausfuhr und die Preise der Exportwaren sinken, die Einfuhr steigt. Die Sparkasseninlagen werden, allerdings teilweise wegen der Agrarreform, geringer. Alles zusammen bedeutet aber trotz der außerordentlichen Naturreichtümer des Landes ein Abströmen des russischen Goldes nach dem Auslande.

## Serbien.

### Neue Schwierigkeiten.

Welt Parisien schreibt: Man erwartete, daß die Antwort Serbiens auf die russische Mitteilung Österreichs genügen würde, vorausgesetzt, daß diese Antwort dem Wiener Kabinett ausreichende Garantien bietet. Denn sei aber nicht so. Österreich verlangt vielmehr jetzt, daß Serbien Österreich eine formelle Erklärung seiner Absichten bekundet und dies in einem Augenblick, wo die Belgrader Regierung ihre friedlichen Tendenzen kundgibt. Österreich verlangt also sowohl von Serbien wie auch von Russland den unangenehmsten Schritt und man könnte daher die Haltung Lehrenthals nicht billigen, auf solche Weise Schwierigkeiten zu vergrößern, welche Europa bedrohen und deren Beilegung man erwartet hätte. Die österreichische Politik verdiene eine scharfe Kritik seitens aller Friedensfreunde.

Wie dem Matin aus Belgrad gemeldet wird, bringen die dortigen Blätter scharfe Angriffe auf Frankreich, welches so große Opfer für die Einigkeit Italiens gebracht habe, während es für Serbien jetzt nichts tun wolle.

## Bulgarien.

### Ein Attentat.

**Sofia, 2. März.** An bleibenden amtlichen Stellen sind bisher keine Informationen eingetroffen, die das Bestehen eines Komplotts gegen Fürst Ferdinand bestätigen. Man glaubt daher, daß die dahin gehenden Belgrader Nachrichten auf Übereifer der serbischen Polizei zurückzuführen und übertrieben, oder tendenziös verbreitet seien.

## Sächsische Angelegenheiten.

### General v. Liebert im „Feuer des Wahlkampfes“.

Unsre Kolonien zeigen ein erfreuliches Bild der Entwicklung. Man kann also wohl der Kolonialverwaltung ein Loblied singen. Um so erstaunlicher ist es, daß der Staatssekretär zuweilen so gereizt ist. (Hört, hört!) Da der Kommissar hat er uns beispielhaft einmal gefragt, er sei der Vertreter des deutschen Volkes. (Hört, hört!) Nein, er ist der Vertreter der Verblüdeten Regierung. Die Vertreter des Volkes sind wir, die wir durch das Feuer des Wahlkampfes gegangen sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

(Reichstagsabgeordneter v. Liebert, in der 214. Sitzung des Reichstags, vom 26. Februar 1909.)

Am Freitag vorher Woche spielte Herr v. Liebert im Reichstag wieder einmal den Kolonial-Sachverständigen und erzielte nach allen Seiten hin Ratschläge, wie es besser gemacht werden könne und solle. Dazwischen "Sachverständigkeit" im Münchner Petersprozeß — und auch vordem — gründlich abgetan worden ist, geniert ihn natürlich nicht; ebenso wenig die Reichspartei, der er angehört. Wollte gerade diese Partei an ihre Redner den Anspruch auf einige Sachverständigkeit stellen, könnte sie im Reichstage nur ganz selten zum Wort. Wie selbst die Blockpresse die Liebertsche Sachverständigkeit in Kolonialfragen beurteilt, ist bekannt. General v. Liebert hatte in München erklärt: "Über man muß bedenken, daß es in Afrika ohne Grausamkeit nicht geht", und ferner: "Der Neger ist bar jeder Dankbarkeit, jeder Treue, jeden Mitleids." Darauf antwortete das Berliner Tageblatt:

Wer Herrn Liebert je gesehen, wer dieser galligen, finster unruhigen Erscheinung jemals begegnet ist, der versteht, daß dieser Mann überall Bosheit und Hinterlist wittert.

Die nationalliberale Kölnische Zeitung in einer Zuschrift:

Als ich in der Kölnischen Zeitung die Aussage des Generalleutnant v. Liebert im Prozeß Peters über die Neger in Afrika sah, griff ich mir erstaunt an den Kopf und las die Mitteilung nochmals. Ich habe nämlich vor einiger Zeit einen Vortrage des genannten Herrn in einem Kolonialverein beigelehnt, in dem er natürlich auch der Neger gebadet. Aber wie ganz anders lautete damals sein Urteil über die Neger! Während er in München diesen Menschen jede bessere Eigenschaft abstritt und kein gutes Haar an ihnen ließ, sprach er in jenem Vortrage von manchen guten Eigenschaften der Ureinwohner und hob hervor, daß sie bei richtiger Behandlung brauchbare Menschen seien. Und hierbei lobte er den Neger als zuverlässig, wenn er mal Vertrauen gesetzt. Noch mehr! Von den Somali sprach er mit einer Wärme, die beinahe an Mitleid streite, und gebrauchte, dessen erinnere ich mich deutlich, den Ausdruck: "Meine lieben Somalis".

### Der Missionspastor Hausleiter.

In seiner Beschreibung der politischen Verhältnisse am Kilimandscharo ist der Sachverständige Generalleutnant a. D. v. Liebert nicht glücklich gewesen. Auch in geographischer Beziehung entsprechen seine Angaben nicht den Tatsachen.

### Die Frankfurter Zeitung:

Aber nun die "Sachverständigen", die für Peters angeboten worden sind. Voran General Liebert, der ein paar Jahre als Gouverneur von Ostafrika nichts geleistet hat. Ihm ist, wie wir schon mitteilten, eine Reihe großer Irrtümer über das Schutzgebiet nachgewiesen worden.

### Die Kölnische Volkszeitung:

Wer Herrn v. Liebert als "Sachverständigen" haben will, hat ihm sicher keinen Dienst geleistet. Aber wer sollte auch ahnen, daß ein früherer Gouverneur von Deutsch-Ostafrika sich als so wenig sachverständig erweisen würde?

So sieht es also um die Sachverständigkeit des Herrn v. Liebert aus. Wie er durch das "Feuer des Wahlkampfes" gegangen ist — er ist bekanntlich Vertreter des 14. sächsischen Wahlkreises — ist noch aus dem Wahlkampf

in aller Erinnerung. Von dem Heldentum, mit dem er überall herumposiert, war da gewiß nichts zu merken. Im Reichstage aber wird der Held Liebert allgemein zur höchsten Figur. In der Sitzung am Sonnabend stellte bei den Fortsetzung der Beratung über den Etat der Schule gebiete Genosse Eichhorn fest, daß der Abgeordnete v. Liebert im Reichstage ein außerordentliches Befreiung entwidelt, daß Ordnung in das Rechnungswesen der Schule gebrochen wird, daß jedoch dieses Streit sehr im Gegenstand steht zu der Tätigkeit des Gouverneurs v. Liebert in Ostafrika. Der Abgeordnete v. Liebert verlangte in einem Antrage Rechnungsbegleitung für die Zukunft, der Gouverneur v. Liebert aber hat für die Vergangenheit keine Rechnung abgelegt. Unter solchen Umständen hat Herr v. Liebert aber ein Einsehen gehabt und seinen Antrag auf Rechnungsbegleitung für die Zukunft zurückgezogen. Die Zurückziehung des Antrags war auch, wie unser Genosse Eichhorn unter schallender Heiterkeit des Hauses feststellte, das einzige Gute an dem Antrag.

**Konservativ-nationalliberaler Rückenschwund bei den Landtagswahlen.** Im Wahlkreis Plauen-Stadt, den bisher Herr Bramarbas Günther vertrat, haben nach einer Meldung des Vogtländischen Anzeigers die Konservativen den Syndikus der Gewerbeammler in Plauen, Dr. Engelmann, aufzustellen beschlossen. Das konservative Blatt meint, daß diese Kandidatur des Syndikus der amtlichen Mittelstandsorganisation auch die Unterstützung der Nationalliberalen finden werde. Wenn das richtig ist, wäre das Schicksal des Herrn Günther zweifellos besiegelt und seine Landtagskandidatur hätte ein Ende erreicht. Da die Nationalliberalen fortgesetzt Anschluß nach rechts suchen, mühten die Freisinnigen logischerweise nach links Fühlung suchen, wenn sie auf einige Erfolge rechnen wollen. Diese Logik geht indes den Freisinnigen völlig ab. Ihre Erfolge dürften deshalb auch unter dem neuen Wahlgesetz sehr winzig sein.

**z. Die Errichtung eines Kaufmannsgerichts** dürfte in Abbau in greifbare Nähe gerückt sein. Die Amtshauptmannschaft hat bereits seit einiger Zeit Erhebungen ange stellt, um die Frage des Bedürfnisses der Errichtung eines solchen Gerichts zu ermitteln. Eine Versammlung der deutschnationalen Handlungsbürgerschaft erbat in einer Resolution an den Stadtrat die Errichtung eines Kaufmannsgerichts für den Bezirk der Amtshauptmannschaft. In der Diskussion in dieser Versammlung wandte sich ein nationalliberaler Bürgerlicher Meissnerwall Dr. Knuschke gegen die Errichtung eines Kaufmannsgerichts mit der Begründung, daß die ordentlichen Gerichte wohl in der Lage seien, den hier in Frage kommenden Parteien ausreichend Schutz zu gewähren. Mit der Errichtung der zahlreichen Sondergerichte nähert man sich wieder den Zuständen im Mittelalter (!), wo jeder Stand seinen eigenen Gerichtsstand erhalten konnte. Rechtsanwalt Dr. Knuschke ist ein Freund des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weber. Kommentar überflüssig.

**Arbeitslosenunterstützung — keine Armenunterstützung.** Das Gewerkschaftsblatt in Pirna hatte ein Geuch an den Stadtrat um Unterstützung der errichteten Wärmestube gerichtet, weil die verfügbaren Mittel beinahe erschöpft sind. Darauf ist folgendes Unterrichtsschreiben eingegangen:

Auf das Geuch, die Unterstützung der von Ihnen eingerichteten Wärmestube betreffend, werden Sie hiermit beziehen, daß dem Geuch so, wie geheißen, nicht entgegen werden kann, da Sitzungsmittel oder sonstige Fonds nicht zur Verfügung stehen, wir auch erndächtliche Bedenken tragen, eine private Vereinigung in weitausgedehnender Weise zu unterstützen.

Gleichwohl konstatieren wir gern, daß Ihre Bestrebungen, Arbeitslose zu unterstützen, sehr anerkanntswerte sind und jede Förderung verdienstlich. Wir haben deshalb auch unser Armenamt ermächtigt, darum entsprechende Arbeitslose durch Gewährung von Naturalien zu unterstützen, und betonen, daß diese Unterstützungen, welche wir nur als außerordentliche betrachten, nicht den Charakter öffentlicher Armenunterstützung haben sollen.

Das Geuch hatte man in Pirna allerdings auch nicht, aber man hat doch etwas mehr Entgegenkommen als in vielen anderen Städten.

### Ein Elendsbild.

#### Ein Dresdner Blatt berichtet:

"Ein trübes Bild sagten Elends betrachteten am Mittwoch morgen die Bassanten der Freiberger Straße. Dort ging eine Frau mit einem kleinen Kind auf dem Arm und zwei kleinen Kindern an der Hand — Oddachsle, die die vorhergegangene Nacht in einem Käfig zugebracht hatten. Die Frau gab am Käfigplatz mehreren Herren zur Antwort, daß sie mit den Kindern nach Görlitz gehen wollte, wo ihr Mann sei, der dort Arbeit erhalten habe. Die Herren zogen ihre Geldbörse, und mit einem Betrag verschenkten, das zum Morgenimbiss namentlich für die Kinder dienen sollte, ging die Frau dankbar mit den Kindern weiter. Eine Wohnung hatte die Frau nicht, Hausgerät, Bettwäsche usw. auch nicht. Die Eltern in diesem strengen Winter!"

So geht es über den Armen in der besten der Welten, in der angeblich jeder Arbeiter bis ins hohe Alter eine gesicherte Existenz haben soll!

**ar. Dresden.** Die vom Rat geplante Straßenbahntarifreform stößt wegen der allgemeinen Versteuerung des Straßenbahnbetriebs in immer weiteren Bevölkerungskreisen auf energischen Widerstand. Eine von den vereinigten Bezirks- und Bürgerversammlungen einberuhte Versammlung nahm zu der Vorlage Stellung, an der man sein gutes Haar ließ. Die Mehrzahl der Redner erklärte, der Rat habe es bei der ganzen Reform nur darauf abgesehen, das Verkehrsministerium für die städtischen Finanzen zur weiteren Ruhe zu machen. Um den Eltern der reichen Elendswelt, nicht auch die Vergünstigung des Bahnpreis einzutäumen, habe sich der Rat, da die Regierung gleichzeitig Behandlung der Stadt- und Landbewohner verlangt, entschlossen, den Bewohnern der Vorstädte, wie Tschau, Wilder Mann und Striesen, die Benutzung der Straßenbahnen zu verbieten. Um dies zu erreichen, habe man in höchst ungerechter Weise den Stadtkern (neutrale Zone) auf die Altstadt beschränkt. Versteuerungsvorschläge, wie sie ein Gutachten der Gewerbeammler — Einführung des 10-Pfg.-Umlaufgeldes, Wegfall der 20-Pfg.-Fahrpreise und Verlängerung der 10-Pfg.-Fahrten von über 1000 Teilstrecken — enthielt, habe der Rat unterdrückt gelassen, obgleich sie auch von der Handelskammer und der Regierung befürwortet wurden. Als wünschenswert wurde die Einführung eines Kilometer tarifes und die Auslastung des 5-Pfennigstrecks bezeichnet. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution

angetommen, nach welcher das Stadtoberenkollegium ersucht werden soll, den vom Rat geplanten Tarif abzulehnen und für das Stadtbereit folgende Preise festzusetzen: 10 Pf. von der Stadtmauer bis ins Stadtinnere (etwa 5,2 km), 15 Pf. bis zu 7½, 20 Pf. bis zu 10 und 25 Pf. bis zu 12½ km. Für über die Stadtmauer hinausgehende Fahrten sollen für je weitere 2½ km 5 Pfennige bezahlt werden.

**Gemütt.** Wie das drückliche Korrespondenzblatt mitteilt, hat Herr Dr. Boesler, der bekanntlich nach Leipzig übergelebt ist, die Annahme des Korrespondenzblattes verworfen. "Wir wissen nicht," sagt das Blatt, "womit wir Herrn Dr. Boesler gefränt haben, müssen und aber in das Unvermeidliche fügen." Herr Dr. Boesler wird wohl dem Korrespondenzblatt mitteilen, daß keine Verweigerung, sondern nur ein Irrtum vorliegt, der auf seinen Wegzug zurückzuführen ist. Denn es ist doch wohl nicht ungewöhnlich, daß Herr Dr. Boesler, der durch die bekannte Ortskennstätte so schwäbisch Schriftsprach gelitten hat, auch seiner Verwaltungseinheit den Krieg erklärt haben sollte.

Der Amtsgerichts-Vorstand hat in seiner letzten Sitzung trock der Verabsiedlung des Regierungsvorstellers, daß die Sache bereits in Fluss sei, folgenden Antrag einstimmig angenommen: Die Amtsgerichtsämter Sachsen möchten gemeinschaftlich beim Ministerium des Innern anfragen, ob und wann es geneigt ist, die neue ärztliche Gebührenordnung zu erlassen.

Wegen Bekleidung des deutschen Kaiser wurde ein 24jähriger Färberarbeiter vom hiesigen Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft, in der er sich seit dem 5. Januar befindet, wurde ihm voll ausgerechnet. Nach dem neuen Gesetz über die Majestätsbeleidigung, bekanntlich der ersten daneben geratenen Blockfrucht, kann das Gericht bis auf eine Woche Gefängnis herabgehen, also bedeutend unter das Mindestmaß von zwei Monaten. Das Gericht ist jedoch weit über das Mindestmaß hinaus gegangen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In Kochwitz verstarb der seit einer Reihe von Jahren dort in Schul Diensten siebende Lehrer Krille. Er war beim Radeln umgefahren worden, wodurch er sich eine Verletzung zugezogen hatte, die seine Krankheit derart verschlimmerte, daß ihn der Tod ereilte. Durch das Direktorat der Pädagogischen Hochschule in Oelsnitz wurde im Einverständnis mit der Schulinspektion die Entlassung des Schulvikars B. verfügt. Grund zur Entlassung waren Beschwerden von Schülern über einen unpassenden Benehmen des Beherrschenden. Festgestellt ist, daß es sich dabei nicht um strafbare Vergehen gegen die Sittlichkeit handelt, sondern um Verschulden, die vom Strafgesetzbuch nicht angeschlagen werden, wohl aber gegen die Qualifikation des Entlassenen für das Amt eines Erziehers sprechen.

## Hus den Nachbargebieten.

**g. Halle a. S.** Bürgermeister v. Holln hat es gelegentlich einer Interpellation abgelehnt, für eine Erhöhung des Wohnungsbudgets des Reichs- und Staatsbeamten einzutreten. Der Herr Bürgermeister erklärte darauf Schmähschriften aus Beamtenkreis und erklärte öffentlich, daß er sich schämen müsse, zu so hohen, preußischen Beamten hätten ihm mit Schmähungen der empfindlichsten Art bedroht. Da über eine politische Stärkung oder Majestätsbeleidigung regen sich unter "idealen" Beamten durch Protestversammlungen usw., wie es hier geschahen, nicht auf. Gleiches aber an den Geldbeutel, dann hört die Gemüthsfeind auf.

Der soziale Magistrat, der es duldet, daß auf Grund anschließender politischer Nachprüfungen die bietigen Arbeitslosen im Amtsblatt verhöhnt werden, wird in der nächsten Stadtverordnetensitzung erlaubt werden, darüber Auskunft zu geben, wie jener Politikarist in das Amtsblatt gelangte. Inzwischen ist festgestellt worden, daß gelegentlich einer amtiellen Person standaufnahme im Oktober vorläufigen Jahren noch mehr Arbeitslose gezählt worden sind, als im Januar d. J. durch das Gewerkschaftsamt. Dadurch fällt die den Bürgern des Kreises angebotene Überleitung in sich selbst zusammen. Nur zur rechten Zeit hat der Finanzausschuß des Stadtverordnetenkollegiums eine neue "soziale" Tat begangen: er bewilligt zum Empfang einer englischen Gesellschaft 8000 Mk!. Für die Zahlung der Arbeitslosen 800 Mk. und für die Gehälften 8000 Mark. Nicht so!

## Hus der Umgebung.

**Schönsfeld.** Gemeinderatssitzung am 25. Februar. Die Einführung der Wertzuwachssteuer für die hiesige Gemeinde ist vom Ministerium vorläufig auf drei Jahre genehmigt, der Einspruch des Herrn v. Freytag dagegen abgelehnt worden. Eine Rendierung des Besitzwechselabgabenrauslusses erhielt bis auf

## Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit usw.

lebet, dem seien nachstehende Urteile über den Sammelbericht Dr. R. In allen Fällen haben wir die Symptome der Chlorose sehr bald verschwinden und einem körperlichen und geistigen Wohlbefinden Platz machen, das um so schneller eintrat, je schwerer die einzelnen Fälle waren.

Die Patienten erholteten sich merkwürdig schnell. Odeme und Schmerzen in den Füßen verschwanden, der Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen liegten nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitseiferlichkeit Platz.

Dr. med. R. Vor mir liegen eine Menge Berichte von kranken, welche eine Kur mit Sammelerholung in Stahlbrunnen auf mein Anraten, aber nicht unter meinen Augen gemacht haben. Alle diese Patienten rührten übereinstimmend die sehr bald zwangsläufige Erholung der Verdauungsorgane, die bedeutend gestiegerte Lust, die Vermehrung der Harnauscheidung, und sind voll des Lobes über die merkwürdige Leichtverdaulichkeit des Wassers. —

Trinkkurten im Hause, warm empfohlen bei Blutarmut, Fleischfleisch, verschieden Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetteln usw., nach überstandenen erstickenden Infektionskrankheiten wie Influenza usw. Broschüren kostenlos durch Sammelerholung in Stahlbrunnen, Düsseldorf W. 49.

Kriegsbriefe. Von Generalmajor Goethe Faust I. und II. Teil, in Buchen. Statt 5 Mk. nur 2 Mk. Goethe Liebhaber-Einband. 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Wiberschule die ministerielle Genehmigung. Auch die Markenanstalt als Rittergut hat diese anerkannt und wird nunmehr der Bebauungsbewilligung mit unterlegen. Eine Nahrungsmitteluntersuchung hat stattgefunden, ohne besondere Mängel festzustellen. Der Wiedervermietung des Ratsellers an den jetzigen Wirt wird seien fünf Stimmen abgestimmt, daß der Biergast nochmals für alle Biere um 1 Mk. erhöht wird. Dem Vorschlag des Badeausschusses, ein Lutz und Sonnenbad in der Nähe von annähernd 1850 Quadratmetern direkt anschließend an das Klubhaus zu errichten, wurde gegen drei Stimmen zugestimmt.

Die sich hierzu nötig machenden Arbeiten sollen, sobald die Bitterung es zuläßt, im Angriff genommen werden. Der Haushaltungsplan für die Badeanstalt ist auf das Jahr 1909 mit einem Betrag von 700 Mk. auf. Ihm wurde zugestimmt. Das Gesuch des Ortsvereins Schönsfeld, wegen Unterstützung der Arbeitslosen, veranlaßte eine längere und interessante Debatte. Wohl zeigte man sozialen Verständnis dafür, wenigstens die größte Not zu mildern, aber über den kleinbürgerlichen Standpunkt, dessen Spitze sich gegen die Vertreter der Arbeiterschaft richtete, kam man auch hier nicht hinweg. Nachdem Genosse Möller in eingehender Weise die Lage der Arbeitslosen geschildert und darauf hingewiesen hatte, daß es Pflicht der Gemeinde sei, in hilfsbedürftiger Weise die größte Not zu mildern und hierzu auch die nötigsten Mittel zur Verfügung zu stellen, gab Genosse Bauch einige Erläuterungen über das Resultat der am 14. Februar im hiesigen Orte vorgenommenen Arbeitslosenzählung. Hierzu waren 266 Arbeitslose, darunter 164 verheiratet mit 299 Kindern, vorhanden. Herr Dr. Schmidt trug in ganz naiver Weise an, wo denn die Arbeiter die Großen, die sie jede Woche in ihre Kassen zahlen, bei der drohen Not ihrer arbeitslosen Kollegen liegen. Hier könnte doch einmal in selbstloser Weise alles hingegeben werden. Genosse Möller und Bauch entgegneten, daß die Arbeiterschaft schon längst die größten Lasten, nicht zuletzt durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften, auf sich genommen habe. Lehrer Secke befürwortete, eine Sammlung innerhalb der Gemeinde zu veranstalten, woran sich nicht nur die besser Vermittelten, sondern auch die Arbeiterschaft die im sichereren Arbeitsverhältnis sich befände, beteiligen könnte. Herr Gemeindevorstand Schwabe glaubte konstatieren zu können, daß die Debatte sehr interessant gewesen sei, habe sie doch gewiesen, daß die Arbeiterschaft auch in dieser bitteren Zeit der Arbeitslosigkeit ihre Gelder nun an sich halte. Genosse Möller erwiderte, daß es sich der Herr Gemeinderat schon gefallen lasse, wenn die organisierte Arbeiterschaft ihre Gelder selbstständig zum Wohle ihrer Mitgenossen verwenden. Einstimmig wurde beschlossen, Unterstützung nach Bedarf an unverdiente Arbeitslose zu gewähren, ohne daß sie als Armenunterstützung anzusehen ist, Rotsandarbeiten vorzunehmen, den Schuwartstand zu erlösen, an die Kinder der Arbeitslosen warmes Mittagessen zu verabfolgen und eine Sammlung für die Arbeitslosen in der Gemeinde vorzunehmen. Die sogenannte Linke der Gemeinderatsmitglieder wurde sofort in Höhe von 90 Mark dieser Sammlung übertragen. Ein Gehalt des Deutschen Volkstrates für Böhmen um Unterstützung, lädt man auf sich berufen. Ein Gestundungsgesuch wegen eines Beitrags zur Haushaltserstellung sowie einige Steuererlösbelüche finden ihre Ereignisse.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung Beschlusssitzung wegen der Wiederwahl des Herrn Gemeindevorstandes Schwabe. Herr Dr. Schmidt stellte hierzu den Auftrag, diesen Punkt auf eine besondere, baldigst eine überwiegende Sitzung zu verlegen und für sich zu behandeln. Zu allem Uebelkundigt er auch das Verhandeln über diesen Punkt als nicht geschäftsfördernd möglich, weil es schon nach 11 Uhr sei, der Gemeinderat aber geschäftsfördernd möglich ist. Als lebhaft Punkt stand auf der Tagesordnung Beschlusssitzung vom 26. Februar. Bei einer vorgenommenen Nahrungsmitteluntersuchung waren keine Beanstandungen zu verzeichnen. Für die Feuerwehr sollen für 100 Mk. Stäbe und vier neue Alus angeschafft werden; ferner beschleicht man, bei Bränden im Orte die Entzündung für die Feuerwehrleute von 40 auf 50 Mk. pro Stunde zu erhöhen. Die Befreiung der Brüderanstalt Möltenau, des Frauenhauses Toblersmühle, sowie des Deutschen Volkstrates für Böhmen um Gewerbsbrunnens eines Beitrags lädt man auf sich berufen. Die Gemeindelassens- und Wasserwerkrechnungen werden richtig gescrieben. Da das Leitungswasser des östlichen ein trübes Aussehen aufweist, sollen, um dieses Nebelbad zu befehligen, drei neue Seitenrohre eingesetzt und der Kies erneuert werden. Über eine Anzahl Steuererstattungen wurde das Schenkungserbot erlassen; einigen wird Frist bis 1. April gewährt.

**Möldern. (Geschlossen.)** Die Gemeinde- und Spar-Kasse bleibt Sonnabend, den 6. März, die übrigen Abteilungen

des Gemeindeamts Freitag, den 5. März, nachmittags, und Sonnabend, den 6. März, wegen Meinung geschlossen. Ortsgemeinde Staudenbach werden Sonnabend, vormittags 11 bis 12 Uhr, erledigt.

**Mölkau.** Die Gebührenordnung der Feuerwehrfrau liegt im hiesigen Gemeindeamt zwei Wochen lang zur Einsicht aus.

**Nötha.** Am Sonntag, den 28. Februar, fand eine öffentliche Versammlung des Ortsfrankenkassenmitglieder statt. Genosse Benzin-Lipps erläuterte den Anwesenden die Pflichten der Generalversammlungsvertreter und der Vorstandsmitglieder. Die Versammlung war von 300 Personen besucht. Es wurden 80 Generalversammlungsvertreter aufgestellt. Die Amtshauptmannschaft hatte zu dieser Versammlung eine Teller-Sammlung genehmigt.

**Nötha. (Ortsfrankenkassenwahl.)** Am Montag, den 1. März, fand die Wahl zur Ortsfrankenkasse statt. Stark beteiligten sich auch die Frauen daran. Auf die Liste der freien Gemeindeschaften entfielen 807 Stimmen; eine weitere Liste war nicht vorhanden.

**Markranstädt.** Meldeamt. Beim hiesigen polizeilichen Meldeamt fanden im Monat Februar 1909 102 Personen, darunter 51 Sachsen, 47 Angehörige der übrigen deutschen Bundesstaaten und 4 Ausländer zur Anmeldung, sowie 88 Personen, darunter 31 Sachsen, 52 Angehörige der übrigen deutschen Bundesstaaten und 5 Ausländer zur Abmeldung. Geboren wurden 20 Kinder, verstorben sind 8 Personen. — Umgemeldet wurden 94 Personen. — Die Einwohnerzahl betrug am 1. März 1909 7881 Personen.

**Schleuditz.** Verzeichnung der der landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft angehörigen Betriebsunternehmer, Nebenbetriebe, Betriebsbeamten und Facharbeiter der Stadt Schleuditz liegen vom 1. bis 15. März d. J. im Magistratsbüro, Zimmer Nr. 4, aus. Einsprüche gegen die Berechnung der in den Verzeichnissen aufgeführten Beträgen können innerhalb 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Kreisbaudirektor in Merseburg erhoben werden.

## Verlammungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Eine öffentliche Volksversammlung in Hartmannsdorf beschäftigte sich am Sonntag mit der Verhinderung politisch im Reichstag gegenübers der der landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften angehörigen Betriebsunternehmer, Nebenbetriebe, Betriebsbeamten und Facharbeiter der Stadt Schleuditz liegen vom 1. bis 15. März d. J. im Magistratsbüro, Zimmer Nr. 4, aus. Einsprüche gegen die Berechnung der in den Verzeichnissen aufgeführten Beträgen können innerhalb 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Kreisbaudirektor in Merseburg erhoben werden.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung Beschlusssitzung wegen der Wiederwahl des Herrn Gemeindevorstandes Schwabe. Herr Dr. Schmidt stellte hierzu den Auftrag, diesen Punkt auf eine besondere, baldigst eine überwiegende Sitzung zu verlegen und für sich zu behandeln. Zu allem Uebelkundigt er auch das Verhandeln über diesen Punkt als nicht geschäftsfördernd möglich, weil es schon nach 11 Uhr sei, der Gemeinderat aber geschäftsfördernd möglich ist. Als lebhaft Punkt stand auf der Tagesordnung Beschlusssitzung vom 26. Februar. Bei einer vorgenommenen Nahrungsmitteluntersuchung waren keine Beanstandungen zu verzeichnen. Für die Feuerwehr sollen für 100 Mk. Stäbe und vier neue Alus angeschafft werden; ferner beschleicht man, bei Bränden im Orte die Entzündung für die Feuerwehrleute von 40 auf 50 Mk. pro Stunde zu erhöhen. Die Befreiung der Brüderanstalt Möltenau, des Frauenhauses Toblersmühle, sowie des Deutschen Volkstrates für Böhmen um Gewerbsbrunnens eines Beitrags lädt man auf sich berufen. Die Gemeindelassens- und Wasserwerkrechnungen werden richtig gescrieben. Da das Leitungswasser des östlichen ein trübes Aussehen aufweist, sollen, um dieses Nebelbad zu befehligen, drei neue Seitenrohre eingesetzt und der Kies erneuert werden. Über eine Anzahl Steuererstattungen wurde das Schenkungserbot erlassen; einigen wird Frist bis 1. April gewährt.

**Möldern. (Geschlossen.)** Die Gemeinde- und Spar-Kasse bleibt Sonnabend, den 6. März, die übrigen Abteilungen

## Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe in Leipzig am 1. März, 1909.

a) Auftrieb:  
575 Rinder und zwar 199 Ochsen, 38 Kalben, 218 Kühe, 126 Bulle; 677 Kühe; 677 Stück Schweine; 2396 Schafe und zwar 2396 deutsche, — aus 4025 Tieren.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark:

Zierhaltung	Bezeichnung	Auf Preis mark kg	Ab Preis mark kg
Dachsen	1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlacht- weibl. bis zu 6 Jahren.	— 77	
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete	— 70	
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere.	— 60	
	4. gering genährt jungen Alters	— 50	
Kälber	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwert.	— 78	
	2. vollfleischig, ausgemäst. Rübe höchsten Schlacht- weibl. bis zu 7 Jahren.	— 67	
	3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut ent- wickelte jüngere Kühe und Kalben.	— 58	
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben.	— 50	
	5. gering genährt Kühe und Kalben.	— 40	
Kühe	1. vollfleischige höchsten Schlachtwert.	— 66	
	2. mäßig genährt jüngere u. gut genährt ältere.	— 61	
	3. gering genährt	— 55	
Schafe	1. jenseitige Mäuse (Vollmilch-Mäuse) u. beste Saug- fäher.	— 54	
	2. mittlere Mäuse und gute Saugfäher.	— 50	
	3. geringe Saugfäher.	— 46	
	4. ältere gering genährt (Kresser).	— 37	
	1. Mästammer und jüngere Mästammer.	— 33	
	2. ältere Mästammer.	— 25	
Schweine	3. mäßig genährt Hammel. Schafe (Mierschafe)	— 25	
	1. vollfleischige der selineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren.	— 63	
	2. fleischige.	— 66	
	3. gering entwickelte	— 63	
	4. Sauen und Eber	— 68	
e) Verkauf:			
500 Rinder u. zwar 165 Ochsen, 36 Kalben, 189 Kühe,			langsam
114 Bulle.			mittelmäßig
375 Kühe.			langsam
667 Schafe.			langsam
2384 Schafe.			langsam

d) Gesamtverkauf:  
114 Bulle.

1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlacht- weibl. bis zu 6 Jahren.

2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete

3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere.

4. gering genährt jungen Alters

5. geringe Saugfäher.

6. ältere gering genährt (Kresser).

7. Mästammer und jüngere Mästammer.

8. ältere Mästammer.



# 2. Beilage zu Nr. 50 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 2. März 1909.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. März.

Geschäftsleiter. 2. März 1912: Ablösung des Tempelgremiums. 1791: John Wesley, der Stifter der Methodistenkirche, geboren. 1824: Komponist Smetana geboren. 1829: Staatsmann Karl Schurz geboren.

Sonnenaufgang: 6.48, Sonnenuntergang 5.38.  
Monduntergang: 4.57 vorm., Mondaufgang: 12.01 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch den 3. März:  
Mäßige Nordwestwinde, bedeckt, Temperatur wenig geändert, Schneefall.

### Der Stand der Feuerbestattungsanlagen.

Der Verein für Feuerbestattung hält gestern abend eine ordentliche Hauptversammlung ab, in der Baumeister Rößler u. a. Mitteilungen macht über den jetzigen Stand der städtischen Einäscherungsanlagen. Vorher gab der neue Vorstand einen Bericht über das Geschäftsjahr 1908. Daraus ging hervor, daß der Verein trotz der unliebsamen Vorgänge im vorigen Jahre seine Mitgliederzahl hochgehalten hat. Der am 31. März 1908 gefaßte Beschuß über die Zurückzahlung der zum Krematoriumbau eingezahlten Gelder ist nun endlich ausgeführt worden.

Den Ausführungen des Baumeisters Rößler folgendes: Die ganze Anlage, die im Jahre 1911 fertig werden wird, bildet ein Rechteck von der ungefähren Größe des Marktplatzes, das von einem Strand von Geschäften begrenzt wird, deren Laubengänge zum Besiegen von Särgen bestimmt sind. In der Hauptachse an der Vorderfront liegt die große Kapellenanlage, bestimmt für Feierlichkeiten zur Erd- und Feuerbestattung, und zwar für jedermann ohne Rücksicht auf die Konfession. Die Kapelle besteht aus einem Kirchenchiff und einem Chorraum als Versammlungshalle, zwei seitlichen Emporen und einer Orgelempore und bietet ungefähr den Raum wie die Lutherkirche. Seitwärts schließen sich zwei kleinere Kapellen an. Hier fallen die Emporen weg, sonst ist die Einrichtung dieselbe wie in der großen Kapelle. Die östliche, linke Seite ist nur für Bestattungen nach christlichem Ritus bestimmt, während die westliche, linke Halle jedermann zur Verfügung steht. In die Hauptkapelle schlicht sich nach hinten der Einäscherungsraum, der außer den direkten Zugängen von der Haupthalle noch drei Seitenzugänge hat. Zwischen den Kapellen und dem Einäscherungsraum sind entsprechende Verbindungsgänge angeordnet, ebenso zwischen den Kapellen und den von diesen umschlossenen Leichenhallen.

Die Ausführung des Baues wird dem ältesten romanischen Bauwerk, der Stiftskirche in Gernrode, nachgebildet. Der äußeren Gestaltung wird auch die Dekoration der inneren Ausstattung entsprechen. Die Ausführung des ganzen Baues erfolgt in drei Perioden. Nach Beendigung der zweiten Periode, die Ende dieses Jahres erfolgen wird, kann das Krematorium in Benutzung genommen werden. Es steht also zu erwarten, daß in Leipzig Anfang 1910 mit der Feuerbestattung begonnen werden kann.

### Zwei Vorträge Pastor Liebsters.

#### Sozialdemokratische Philosophie.

Am 26. Februar hielt Pastor Liebster einen Vortrag über Sozialdemokratische Philosophie (Joseph Diepgen), den er schon einmal vor dem evangelisch-sozialen Kongreß gehalten hat. Wenn wir damals anerkannten, daß Herr Liebster bestrebt ist, der Person Diepgens und seiner Lehre gerecht zu werden, so können wir das auch jetzt wieder betonen. Indessen, man ist nicht ungestraft ein Vertreter der bürgerlichen Klasse und wenn man auch ein liberaler Pastor ist. Gwar hatte er Diepgen in vielen Einzelheiten begriffen, gerade aber das, was das Wesen seiner Lehre ausmachte, ist ihm fremd geblieben. Die Metaphysik, die Diepgen endgültig aus der Philosophie entfernt hatte, brachte er unbewußt wieder hincin. So hielt er Diepgen deshalb für einen Monisten, weil bei ihm Denken und Sein sich decken, identisch seien. Er fand in den Gegenständen eine körperliche und eine geistige Seite, ihre Eigenschaften und ihr Wesen. Dieselben beiden Seiten findet er dann auch beim erkennenden Menschen als Erfahrung und Begriff der Dinge. Danach sei nun der Gegensatz zwischen Geist und Welt aufgehoben, da wie im Erkennen auch im Erkannten Geist stehe. Genosse Voß wies diese Ansicht zurück: Diepgen versteht unter Denken das Auffinden des Allgemeinen aus den Erfahrungen vom Objekt. Dieses Allgemeine ist das Wesen der Dinge, ist ihr Begriff, etwas, das nur im Menschenkopfe existiert. Die Dinge selbst haben durchaus nichts Geistiges an sich. Diepgens Monismus besteht nicht darin, daß Geist und Dinge identisch sind, sondern darin, daß sie beide die Eigenschaften haben, wahrgenommen, erkannt werden zu können. Der Geist ist also nichts Übernatürliches, Unerfaßbares, Unwissbares, wie ihn die Idealisten verstehen, aber auch nicht ein bloßes Anhängsel der Materie, wie es der naturwissenschaftliche Materialismus (Büchner) meint. Er ist ebenso willkürlich, d. h. Gegenstand der Erfahrung, wie jeder Teil des Alls, zu dem er selbst gehört. Wenn so Pastor Liebster in die Gegenstände etwas Geistiges hineinbekommt, so zeigt er, daß er als Bürgerlicher die Metaphysik nicht loswerden kann. Das Denken des Menschen wird eben durch sein gesellschaftliches Sein bedingt, wie Marx sagte, der ebenso Teil hat an der proletarischen Philosophie wie Diepgen. Von den übrigen Diskussionsrednern zeigte Genosse E. Marx, daß die bürgerliche Philosophie über die Metaphysik nicht hinauskommen könne. Und daß nicht nur die Philosophie durch die Massenstellung bedingt wird, sondern überhaupt die Gesellschaftswissenschaften, zeigte Genosse E. Marx, der besonders darauf hinwies, daß in der politischen Ökonomie die heutigen Wissenschaftler noch hinter Ricardo usw. zurückgehen, weil das Bürgertum nicht mehr auf seinem Höhepunkt steht.

Die Behauptung des Pastor Naumann (Unger), daß auch manche Arbeiter metaphysische, religiöse Bedürfnisse hätten, erkannte Genosse E. Marx jenseitig an, als sie durch den Religionsunterricht künftig geziichtet werden; sie schwinden aber sehr bald, wenn die Arbeiter das Wesen der modernen Gesellschaft kennen lernen. Er wies gleichzeitig zurück, daß Engels in seinem Alter den Einfluß der ökonomischen Verhältnisse auf den Gang der Geschichte gelehrt habe. Genosse E. Marx zeigte, ebenfalls auf einen Einwand Pastor Naumanns, warum wir von wissenschaftlichem Sozialismus sprechen können.

Die Versammlung war sehr stark besucht, und ihre Teilnehmer folgten den Reden mit großer Ruhe und Aufmerksamkeit.

#### Der Ursprung des Christentums.

In seinem gestrigen Vortrag über Kantufs Buch zeigte Pastor Liebster wieder die Objektivität, die wir gern annehmen. Schön an dem Referat konnte man merken, wo er mit Kantufs Ansicht einverstanden war, wo nicht. Bei der Schilderung der ökonomischen und politischen Verhältnisse, die er als richtig anerkennt, zeigte er zeitweise eine so schwungvolle Redeweise, wie sie ihm nur selten beschrieben ist. Liebster erklärte sich auch mit vielen Ergebnissen Kantufs einverstanden, erkannte auch an, daß die zünftigen Forscher gar manches von Kantufs lernen könnten. Vor allen Dingen befiehlt er den Hinweis auf die ökonomische Grundlage des Christentums, wenn er auch Kantufs Stellung hierfür zu einseitig hält. Besonders aber wendet er sich dagegen, daß das Christentum kommunistisch und rebellisch gewesen sei. Das was Kantuf für Kommunismus ansieht, sei weiter nichts, als eine auf die Spize gezielte Wohlthätigkeit. Immer auch habe das Christentum den Charakter der Zul dung und Demut gehabt, das geht aus den paulinischen Briefen her vor, die anerkanntermaßen vor dem Jahre 70, dem großen Wendepunkt, geschrieben seien. Das wichtigste Moment für den Ursprung des Christentums sieht er im Neoplatonismus, namentlich in der Platonikidee.

In der Debatte wies zunächst Genosse Voß die Behauptung Liebsters zurück, daß Kantuf der ideologischen Anschauungsweise Konzeptionen gemacht habe. Die Sozialisten haben den Einfluß der Ideologien auf den Gang der Geschichte noch nie gelehrt, sie haben ihn nur höchst überschaut. Tatsächlich werden religiöse Anschauungen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt. Eine religiöse Anschauung kann in einer viel früheren Zeit entstanden sein, als der, in der sie eine hohe Würde bekleidet. Aber das geschieht nur dann und dort, wo sie gewissen wirtschaftlichen und politischen Zuständen entspricht. Wäre zu einer solchen Zeit keine angemessene religiöse Tradition vorhanden, dann würde sich eine ganz neue Religion gebildet haben, die aber im Wesen übereinstimmt mit der, wie sie tatsächlich übernommen wurde. Nebner verteidigt dann Kantufs Auffassung vom Christentum als einer kommunistischen und rebellischen Gemeinschaft und geht dann noch auf verschiedene Einwände Liebsters ein.

Aus der übrigen Debatte heben wir nur noch hervor, daß Pastor Joh. Naumann Kantufs Buch als einen volkswirtschaftlich sehr interessanten Roman bezeichnete, ein anderer Theologe jedoch in Kantufs Darstellung gar eine Karikatur und er sangt Kantuf ab mit den Worten: Wer ein Historiker sein will, muß den Mut haben, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Dieses Löwenherz geißt verdiente Heiligkeit.

**Im Februarmonat.** Der März ist der Frühlingmonat; er bringt uns die ersten Blumen, die schlichten unter dem verschneiden Laub hervorzutreten. Wer aber ein solches Schneetreiben sieht, wie es uns heute morgen bei mir wurde, dem wird es schwer, an die Frühlingsbotschaft zu glauben, die die Sterne und schon seit Wochen gewisst haben. Und doch ist das Todes des Winters nur noch ein Rückzugsgesetz. Freilich macht er und noch gehörig zu schaffen. So kamen durch den Schneefall heute morgen vielfach die Wagen der elektrischen Straßenbahn ins Stocken; mancher ist zu spät an seinen Wirkungsort gekommen, und vielleicht ist mancher Straßenbahn dadurch läufig geworden.

Auf der anderen Seite kann man dem Schneefall auch wieder gute Seiten abgewinnen. Gibt er doch manchen Arbeitslosen wieder Gelegenheit, ein paar Groschen zu verdienen. Besser aber wäre es schon, es würde nun schnell Frühling, damit endlich das langen und harten Winters Qual vorbei wäre und Wärme und Sonnenchein nicht nur die Herzen der Menschen erquickte, sondern auch Arbeitsgelegenheit und Biol brachte.

Die Leipziger Döner-Esport-Aktiengesellschaft hat im Jahre 1908 einen Gewinn von 88 678 M. erzielt; sie ist in der Lage, den Aktionären 5½ Prozent Dividende zu zahlen. Im vorigen Jahre konnten die Aktionäre nur 1 Prozent bekommen. Da erkannten sich der Armen unter Stadtvätern und bewilligten der Gesellschaft einen höheren Tarif, wodurch es ihr jetzt ermöglicht ist, den Aktionären ihr Kapital recht anständig zu vergüten. Der erhöhte Tarif ist am 1. Juli v. J. in Kraft getreten, er hat nur auf ein halbes Jahr gewirkt. Die Aktionäre haben also im nächsten Jahr, wo ein volles Geschäftsjahr in Betracht kommt, eine noch bedeutend höhere Dividende zu erwarten. Glückliche Aktionäre der L. D. E. A. G.!

**Deutsche Versammlung.** Dr. Theodor Barth-Berlin wird am Montag, 22. März, in einer vom Demokratischen Verein (Demokratische Vereinigung) nach dem großen Saal des Zentraltheaters einberufenen öffentlichen Versammlung sprechen.

**Partikularer Arbeitsnachweis.** Die über den Arbeitsmarkt im Monat Februar vom Partikularen Arbeitsnachweis zur Verfügung gestellten Befreiungen zeigen sehr anschaulich die große Arbeitslosigkeit. Es lagen vor 4038 Geflüchteten, davon sind eingezogen 1891 in der männlichen und 2147 in der weiblichen Abteilung. a) Männliche Abteilung: 900 Arbeitslose wurden aus dem Vormonat übernommen und 1116 neu eingeschrieben; 7 Aufträge wurden aus dem Vormonat übernommen und 675 Personen diesen Monat verlangt, 17 davon nach ausswärts; 648 Personen wurden vermittelt, 15 davon nach ausswärts; b) Weibliche Abteilung: 215 Arbeitslose wurden aus dem Vormonat übernommen und 1026 neu eingeschrieben; 85 Aufträge wurden aus dem Vormonat übernommen und 1121 Personen diesen Monat verlangt, 8 davon nach ausswärts; 862 Personen, darunter 93 Dienstmädchen, wurden vermittelt, 2 davon nach ausswärts.

**Große Feierliche Steahenbahn.** Die Betriebsleistung vom 22. bis 23. Februar betrug 109518 (107440) M., seit 1. Januar 1070008 (1043025) M. Im Februar wurden 441891 (435971) M. vereinnahmt.

**Im April für männliche Obdachlose haben in der Zeit vom 20. bis 27. Februar 281 Personen vorgesprochen, 222 wurden aufgenommen und 9 zurückgewiesen.**

**Gräßlicher Express.** Nach dem Muster des Mörders in der Windmühlenstraße verlor der 22 Jahre alte Stellmacher Hans-Ludwig-Gutschke Hermann Gutschke aus Jügel bei Streben, der in Lindenau, Hänelstraße 19 wohnt, eine Summe Gelbes zu erpressen; durch seine eigene Ungeschicklichkeit ist er aber sofort erwischt und festgenommen worden. Dem Brauereidirektor Otto Naumann, Karl-Heine-Straße 84, wurde durch einen Knaben ein Brief zugestellt, worin der Verbrecher 300 M. forderte. Das Gelb sollte in einem Bäderladen in der Josephstraße in Lindenau niedergelegt werden. Herr Naumann und seiner Familie wurde für den Fall der Ver-

welgerung der Tod angedroht. Die gesuchte Summe wollte der Expresser abends um 7 Uhr durch ein Kind abholen lassen. Er wurde aber, als er sich um diese Zeit in der Nähe des Bäderladens zeigte, von zwei Kriminalbeamten festgenommen. Der Verbrecher ist mit dem Mörder der Friedrichschen Elektrizität nicht identisch. Er legte ein offenes Geständnis ab.

**Feuer** brach gestern abend in dem Lagerkuppen eines Tschölers am Windmühlenweg aus. Die Feuerwehr hatte mit der Bekämpfung dieses Brandes ungefähr eine halbe Stunde zu tun. Wahrscheinlich war das Feuer angelegt worden.

**Eine Salzherz** entpann sich in einer Wirtschaft des Westerwäldes zwischen mehreren Höfen. Dabei schlug ein junger Amerikaner einen Messerstechen mit einem harten Gegenstande demnach in das Gesicht, daß der Geschlagene die Sichtung verlor und nach der Sanitätswache getragen werden mußte. Der Täter wurde zur Rechenschaft gezogen.

**Berung** ist gestern nachmittag in einer Buchdruckerei der Königstraße eine Arbeitnehmerin durch einen Treppenabsatz ausgerutscht und dadurch zu Fall gekommen. Nach Anleitung von Notverbünden mußte die Verungeschickte, die stark blutete, schleunigst mit Droschke der Sanitätswache und dann ihrer Wohnung in Schönfeld gebracht werden.

**Die Blätter** in der Lüttwitzstraße stürzte heute vormittag das Pferd eines Transportgespanns. Hierbei zog es sich einen Beinbruch zu, so daß es auf der Stelle abgestochen werden mußte.

In der Hassenbachstraße in Gohlis stürzte ein junger Mann von auswärts aus und zog sich einen Armbruch zu. Er begab sich sofort in ärztliche Behandlung.

**Beckern** abend in der 10. Straße kam in der Hassenbachstraße ein 83 Jahre alter pensionierter Kaufmann auf dem glatten Fußweg zu Falle und brach den linken Oberschenkel. Der Kreis wurde in das Krankenhaus übergeführt.

**Den rechten Arm** brach heute früh, kurz nach 7 Uhr, ein in Gohlis wohnender Kaufmann. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht.

In der Hohen Straße, unterhalb der Hölzer Straße, kam ein Kohlenwagen ins Schleudern; bei dem Anprall an die Bordwand kam der Kutscher zu Falle. Er erlitt eine schwere Fußquetschung.

**Selbstmord- und Unfallstatistik** für den Monat Februar 1909. In dem verlorenen Monat haben in unserer Stadt 15 Selbstmorde, 10 Selbstmordversuche und 4 Unglücksfälle mit tödlichem Verlauf verzeichnet werden müssen. Von den freiwillig aus dem Leben geschiedenen 11 männlichen und 4 weiblichen Personen haben sich 6 erschossen, 4 erstrangt, 8 ertrankt; 2 haben sich die Kehle durchschneidet. 6 Personen verloren sich zu Vergessen, 3 zu erschlagen und 1 zu ertränken. Ein 60 Jahre alter Produktionshändler starb vor einer Reihe von und verlor sich tödlich, ein 56 Jahre alter Wagenwäscher fiel vom Dach eines Straßenbahngewerbes herab und verstarb an den Folgen dieses Sturzes, ein 62 Jahre alter Kaufmann wurde von einem Geschirr überfahren und tödlich verletzt und eine 47 Jahre alte Arbeitnehmerin ertrug beim Rütteln in der Promenade. Am Januar sind 15 Selbstmorde, 5 Selbstmordversuche und 11 Unfallsfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen.

**Diebe entwendeten**: aus einem Geschäftslot in Brühl 200 M. und aus einer Wohnung in der Frankfurter Straße eine Summe von 500 M., vom Vorsaal einer Wohnung in der Moltkestraße einen Winterüberzieher von schwarem Chevrot, ein Herrenjackett und einen weißen Kragschoner, von einem Kunden in der Wagners Straße eine Wasserküche, eine Menge Kleidung und einen Wasserhahn und von einem Stollwagen am Bahnhofsvorplatz zwei rote Damast und roten Dreißel im Gesamtwert von 200 M. entwendet, ferner aus einem Lokal in der Siegelmühle einen schwarzen, dunstblaugestreiften Winterüberzieher, an dessen Stelle ein abgetragener grauer Mantel zurückgelassen ist.

**Kleine Polizeimeldungen.** Für 15 000 Kronen Schmuckstücke sind am 23. Februar aus dem Luxushaus Budapest-Wien geklaut worden. Es befinden sich darunter: ein Brillants und ein Perlenföllier, 3 Paar Ohrringe, davon ein Paar mit je 8 Brillanten verziert, ein goldnes und ein silbernes Amulett u. a.

Ein wertvoller schwarzer Spazierstock mit silbernem Griff und Wimbung ist am Sonntage von einem Herrn in einem Weinstaurant der Reichstraße zurückgelassen worden. Der Eigentümer kann sich beim Polizeiamt melden.

Weil der dringende Verbrauch, in einem kleinen Lokal einem Mann einen größeren Geldbetrag aus der Tasche gestohlen zu haben, wurde eine 22jährige Näherrin in Haft genommen.

## Gerichtsstaat.

### Landgericht.

Eine blutige Schlägerei spielte sich in der Nacht zum 12. Dezember v. J. früh gegen 1 Uhr, in der Waldstraße ab, wobei sich besonders der 22 Jahre alte Portefeuille Hugo Benno Röschke, dessen Vater, der 50jährige Schlosser Otto Röschke und der 39 Jahre alte Schlosser Richard Bruno Brückner herbortheten. Röschke junior war in einem Restaurant, in dem er mit Brückner gezaubert hatte, von einem Unbekannten geschlagen worden. Als sie kurze Zeit darauf an die frische Luft gesetzt wurden, beschloß Röschke, nach Hause zu gehen und seinen Sohn zur Hilfe zu rufen, angeblich, um gemeinsam den Namen des Unbekannten festzustellen. Während Röschke nach seiner Wohnung ging, blieb Brückner, der total betrunken war, unten stehen und sprach u. a. vier junge Leute an, die die Waldstraße entlang kamen. Die vier blieben stehen und sprachen wieder auf Brückner ein, der plötzlich auf einen der vier zuwandte und ihm ziemlich unsanft auf den Hut flopfte. Der Getroffene erwiderte den Schlag, worauf die vier ihres Wegs weiterzogen. Kurz darauf kamen die Röschke, Vater und Sohn, herunter und Brückner erzählte ihnen, was inzwischen vorgefallen war. Darauf setzten alle drei den jungen Leuten, die sich bereits einige hundert Schritte entfernt hatten, nach und überfielen sie von hinten. Der alte Röschke hatte sich auf den 28 Jahre alten Mechaniker Kraatz gestützt und wälzte sich mit diesem am Boden herum, während Brückner auf den Bankbeamten Becker und Röschke jun. auf den Kaufmann Künne einbrachte. Besonders rabiat benahm sich der junge Röschke, der sein Taschenmesser gezückt hatte und dem Künne verschiedene Messerstiche in Hals und in die Hüften beibrachte, die sich aber als nicht gefährlich erwiesen. Wesentlich schlechter kam der Bankbeamte Becker weg, der von Röschke einen Stich in den Unterleib erhielt, der eine Schlagader verlegte und sehr leicht den Tod des Verletzten zur Folge hätte haben können, wenn nicht sofort Hilfe zur Stelle gewesen wäre. Becker wurde, nachdem in der nahen Polizeiwache ein Notverband angelegt worden war, nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

wo er einen ganzen Monat verbleiben mußte. Die beiden Möschels und Brückner hatten sich nun wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Die Behandlung der Angeklagten, die jetzt zuerst angegriffen worden, erwies sich nach der Beweisaufnahme als völlig hältlos. Das Urteil lautete für Bruno Möschel auf 6 Monate Gefängnis und für Otto Möschel auf 30 Mt. Geldstrafe. Brückner wurde freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er jemand verletzt hat.

#### Möschelgericht.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Direktors Winter in einer öffentlichen Versammlung der streitenden Kärtner ist am 12. Oktober v. d. vom Landgericht Hamburg der Geschäftsführer Heinrich Schönbach zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Der Schuß des § 193 wurde ihm zwar angebilligt, es erfolgte aber trotzdem Bestrafung, weil aus der Form die Absicht der Angeklagten hergestellt wurde. In seiner Revision räte der Angeklagte Verweichung von Form und Inhalt. Das Reichsgericht hält das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Auch der subjektive Tatbestand erschien nicht genügend festgestellt.

#### Serie I.

# Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 3 mal wöchentlich

#### Beerdigungsanstalten u. Sargmagazino

W. Fuchs, verw. Vo., Bogislawstr. 28  
Hübner & Schillie, Fa., Domäne Str. 33.  
Schleussig  
Kugo Irnert, Körnerstr. 64.  
Ernst Koenze, Lindenauer Str. 5.  
E. Morkel, Ang., Zweinaund. Str. 12.  
Edr. Reiche, Zschöchersche Str., Lindenau.  
Franz Bauer, Thüebchenweg 66.  
Otto Rühlich, Lind., Marktstr. 8.  
Wilh. Steingrüber, Fa., Eisenacher Str. 34.  
Thanatos, Wurzner Str. 41, Zweinaund.  
M. Verbeck, Kirchstrasse 82.

#### Berukskleidung

J. Blüthgen, Thüebchenweg 8.  
H. Hoerde, Bayrische Str. 34.  
Ludw. Holthausen, Schönefeld, Sonntags v. 11—2 Uhr geöffnet.  
A. Mohnert, Mock, Hermannstr. 2.  
Fr. Pflügel, Stött., Schwarzaekerstr. 2.  
Herm. Voigt, Böhltz-Ehrenberg

#### Bettfedern, Betten

G. Gärtnar, Lenzsch, Hauptstr. 43.  
Ad. Kirschberg N., Lekan, Reichstr. 39.  
E. Moser, Rendn., Oststr. 9.  
H. Oldag, Südstrasse 2.  
Ad. Petzold, Li., Birkenstr. 12.  
J. C. Schwartz, Brühl 50. Gegr. 1796.  
G. Straube, Hedwigstrasse 15.  
Th. Tröhl, Hospitalstrasse 26.

#### Brauereien, Bierhandl.

Gust. Döring, Thomasiusstr. 24.  
J. Pottkämper, Eutritsch, seine ausbest. Malz u. Hopfen gebr. Biere.  
Trinkt Biere von

Gehr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz.  
Vereins-Bier-Brauerei zu Leipzig.

O. Schubert, Porta- u. Flaschenhandl., Südpf.

#### Eriketts, Kohlen

G. Behr. Nachf., Oskar Schönfuss L.-Vo., Kirchstr. 100 (am Vind).  
Bruno Berger, Stött., Hauptstr. 60.  
Ernst Clauss, Josephinenstr. 31.  
O. Dorn, Neu-Mockau.  
O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 19.  
Ferd. Grabau, N. Tauchaer Str. 39.  
Hönicker & Schuchardt, L.-Sellerh., Bennigsenstrasse 2. Tel. 9896.  
Gust. Kirschbaum, Li., Queckstr. 3.

#### Leipziger Kohlenkontor

Empfohlene Bezugsquelle für Heizungsmaterial.

#### Hermann Matz & Co.

Eilenh. Bahnhof Tel. 10937  
Plagwitzer Bahnhof Tel. 10936  
Stötteritzer Bahnhof Tel. 18694  
Stötteritzer Strasse 111.

Bruno Pankert, Co., Peg. Str. 31.  
Alfr. Richter, Paunsd.-Sommerf.

#### Carl Schneider Nachf.

Entr. Str. 20, Freiladebahnhof.  
Alb. Schwarze, Auger, Mölk. Str. 14.  
B. Uhlig, Eutritsch, Delitzscher Str. 58.  
F. Wagner, Sell., Wurzner Str. 142.

#### Butterhandlungen

E. Arndt, Bayrische Str. 28.  
B. Burkhardt, Schö., Dimpfelstr. 11.  
Grossmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.  
O. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.  
D. Müller, Schönf., Leipz. Str. 46.  
Paul Seidel, Pannsdorf.  
Ernst Steiger Mf., Grim. Steinw. 18.  
Paul Steinbäck, Torgauer Str. 13.  
„Kauf Traubenbutter.“  
Emil Werner, Schö., Dimpfelstr. 16.  
A. Winkler, Eck. Nürub.-u. Königst.  
A. Ziegler, Klisch., Dieskastr. 84.

#### Chocoladenhandlungen

M. Bercht, Peg. Str. 36.  
Alb. Gärtner, Eisenbahnstr. 128b.  
E. A. Martin Nachf. Altes Rathaus  
Reichsstrasse 13.

#### Cigarrenhandlungen

First Potemkin-Cigaretten.  
Arbeiter-Genossenschaft-Cigarette, zu hab. Tauchaer Str. 19/21

Franz Bauer, Thüebchenweg 66.

E. Beyerhol. Mendl-Zweinaund. St. 21.

A. Bibel, Erke Kreuzn. u. Lange Str.

Ferd. Block, Wurzner Str. 16.

Rich. Büttner, Nürbinger Str. 4.

Alfr. Dietze, Co., Pegauer Str. 24.

J. P. Dissing, Rdn., Oswaldstr. 1.

Franz Espich, Roudn., Rathausstr. 39.

Gebr. Felber, Zig.-Fabrik, Verk. d. eig. Detail-Gesch., Blücherstr. 21

A. Fischer, Kisch., Ningen-Ecke Wigandstr.

B. Grotkau, Roudn., Dresden. Str. 41.

Markt

Hebenstreit, Ladenbau 11.

Hermendorf & Korgea, Zeitz. St. 84b.

H. Holtmann, Leutzsch, Hauptstr. 11.

Otto Kolbe, Stött., Leipziger Str. 1.

Rud. Kühn, Lind., Kanzlerstr. 40.

A. Lange, Li., Lützner Str. 108.

O. Leipnitz, Reu., Kohlgartenstr. 29.

Herm. Mennicke, Windmühlen-

Strasse 21.

G. Morganer, Co., Waisenhausstr. 20.

Fritz Müller, Co., Pegauer Str. 45.

Willy Müller, Eu., Delitzsch. Str. 24.

M. Rothe, Tauchaer Strasse 48.

Art. Rühl, Stötteritz, Kreuzstr. 14.

Alfred Schönherr, Albertstr. 13.

Otto Selle, Thüebchenweg 25.

K. Uhlmann, Comeniusstr. 23 (a.Rab.)

C. Vogel, Li., Karl-Heine-Str. 74.

Carl Wagner, Co., Pegauer Str.

Alb. Weber, Pl., Weissenf. Str. 28.

H. Weber, Lind., Gutsmuthsstr. 39.

M. Wisotzky Mf. Vo., Ewaldstr. 16.

Wolff-Eichelbaum, Plauensche Pass. 33.

P. Wirschnau, Ieu., Leibnitz, Id. Hauptstr.

Damen-Konfektion

E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.

J. Krug, Johannisplatz 1/2.

Zollner, Zeitzer Str. 2. Müntel,

Blusen, Kostümstrüche, Kleiderstoffe, Wäsche

Drogen und Farben

Curt Fritzsche, Möck., Wolfstr. 2.

E. Friedrich, Schönf., Leipz. Str.

G. Heydenreich, St. Privatstr. 25.

Curt Kunde, Stött., Ecke Hauptstr. A.

Kunze, Neusellerh., Wurz. St. 20.

M. Lützkendorf, Kleinzschocher,

Leibbrand, Dieskastr. 44.

Marien-Drogerie, Lango Str. 32a.

Merkur-Drog., Reu., Dresden. Str. 33

Ost-Drogerie, Sell., Eisenbahnstr. 150.

Reichs-Drogerie, Ranftsch-Gasse 7

Franz Saltezmacher, Mockau.

H. Schuhmann Nachf., Elisabethstr. 2

G. Sell, Vo., Kirchstr. 48, Eckkeller 12.

Max Springer Nachf., li., Gutehoffnungsstr. 37

Gg. Stegert, Vo., Konradstr. 58a,

Koloniaw. 10%, Rab.

Otto Zöblisch, Christ.-Wisse-Str. 16.

Eisen- und Stahlwaren

E. Claus, Entz., Wittenberg. Str. 34.

Alb. Forner, Leutzsch, Hauptstr. 12.

Fedor Gross, Li., Josefstrasse 33.

E. Hofnike, Eisenbahnstr. 98.

Herrn. Hessler, Reitzenh. Str. 28.

Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 93.

E. Höschler, Schl., Könneritzstr. 58.

Aug. Hoppen sen., Ithacher Str. 32.

A. Kittler, Go., Lothringen Str. 50.

M. Lange & Bieger, Blasewitzstr. 45.

Alwin Minkwitz, Eisenhändler,

Stött., Hauptstr. 37, a. Rathaus.

M. Nietzsch, Ithengen, Gabelsbergerstr. 12a.

Seidel & Busch, Reitzenhainer Str. 1.

A. Seyfarth, Co., Bornaische Str. 17.

Paul Vogel, Anger, Schirmerstr. 1.

Lederausschu., Drogen, Farben,

A. Werner, Möck., Hallische Str. 12.

Richard Wolf Söhne, Kleinzschocher,

Dieskastr. 43, Haus- und Küchen-

geräte, Osten usw.

Fahrräder, Nähmaschinen

O. Axe, Pl., Weissenfels. Str. 58.

E. A. Martin Nachf. Altes Rathaus

Reichsstrasse 13.

Chocoladenhandlungen

M. Bercht, Peg. Str. 36.

Alb. Gärtner, Eisenbahnstr. 128b.

Wurzner Str. 37

E. A. Martin Nachf.

Reichsstrasse 13.

Auskunft in Rechtsfragen.

Jeder Anfrage muß die lezte Abonnementsquittung, sowie eine Spitzmarke (Buchstabe und Zahl), unter der die Antwort erfolgen soll, beigelegt sein. Verzögerte Abschläge und schriftliche Antwort erfordern wir nicht.

§. 91. 1. Wenn der Unfall nachgewiesen werden kann und Unfallfolgen verbreiteln sind, können Sie auch Klage beanspruchen. 2. Das können Sie, wenn die Unfallfolgen derart sind, können Sie von der weiteren Militärpolizei entbunden werden.

§. 91. 1. Sie können die Gelände zurückfordern. 2. Nur wenn das Geschenk noch vorhanden ist, können Sie fragbar werden. 3. beim Amtsgericht.

§. 92. 1. Wenn zwei Jahre seit der Aufhebung des Vertrages verstrichen sind, können Sie Ansprüche auf Rückgabe der Geschenke nicht mehr erhoben werden.

400. Gilt als geschlossene Gesellschaft, eine Annahme ist deshalb nicht erforderlich.

Schnuke, Lindenau. Wenn eine bestimmte Arbeitszeit bei der Anstellung festgelegt ist, haben Sie auch Anspruch auf Bezahlung der Überstunden.

§. 93. Erst wenn Ihnen der Bescheid geworden ist, daß die Einleitung des Verfahrens abgelehnt worden ist, können Sie Beschwerde erheben und zwar beim Oberlandesgericht. Fragen Sie noch einmal an, wie weit eigentlich die Sache gediehen ist.

§. 94. 1. Wenn vierjährliche Rückerstattung vereinbart worden ist, gilt dies. 2. Wenn Ihnen dadurch Schaden erwachsen ist, können Sie diesen beim Wetzlins in Abzug bringen, aber nur erst



die blau-weiß-rote Rosarde hatten alle. Männer, Frauen und Kinder. Und in den Zeitungen stand, daß der Herr Deputierte versprochen habe, er werde gegen Vergewaltigungen und Einbrüche in die verbliebenen Freihäuser, wie sie z. B. in der Schweiz mit dem Abschlußverbot geschehen seien, entschlossen auftreten, energisch protestieren!

Ich habe vergeblich nach einem sozialistischen Kandidaten gesucht. Das gibt's noch in diesem schönen Lande. A. F.

## Pariser Brief.

Am Sonnabend abend begann im Theater Marigny das Düsseldorfer Schauspielhaus ein Gastspiel, das sieben Tage dauern wird. Auf dem Programm stehen Grillparzers Medea, Björns Geistersturz und Hedda Gabler, Goethes Triumph der Empfindsamkeit und Leonids Andrejevs Leben des Menschen. Die Düsseldorfer, an deren Spiels Luisa Dumont und ihr Gemahl Lindemann stehen, haben ein Programm: Reform der Finanzierung, Monumentalisierung, Vereinfachung. Der einheitliche Stil ist alles. Sie stehen noch im Stadium der "Vermühlungen": deswegen hätten sie mit dem Export ihrer Kunst warten sollen. Die Hauptprobe, die am Sonnabend abend vor der feierlichen und darstellenden Kunst von Paris gegeben wurde, hinterließ nichts Bleibendes, Wichtiges. Vielleicht einige wunderbare Fresken, einige stumme leuchtende Farbenatmosphäre... verschiedene Beleuchtungseffekte, die an den Zirkus erinnerten, möglicherweise man schon vergessen haben. Kein unerhörter Schrei, auch auf der Bühne in dieser Vorstellung: die Medea der Dumont schien am Anfang ganz klasse, ferne, fremde Klasse zu sein — blieb zum Schluss in einer Müdigkeit sitzen, die zwar stimmgünstig war, aber in ihrem Stil eben deswegen das Handeln verloren hatte. Sie gab trotzdem das Beste. Alle andern versanken, flaschen hin und her... die Zuhörer lachten, als gen Altkunst der Vorhang zum Schluss fiel; höflich, wie es Gäste gegenüber Sitte ist. In einer Loge zur Linken sah ein Frühlingshauch in einem weißen Empirekleidchen, strahlend und lächelnd: Adora Dumont, die seit einer Woche hier tanzt. Hinter ihr der künstlerischen Animateur des Düsseldorfer Schauspielhauses: der Duncan Hatte, Gordon Craig... Durften die Düsseldorfer die Einladung Lugne-Poës annehmen, der unter den höchsten Theatardirektoren als einziger sich bemüht, die Pariser mit ausländischer Bühnenkunst vertreten zu machen? Nur Vollendetes sollte erwartet werden in der Kunst: die Düsseldorfer besitzen zweifellos den Willen dazu, aber die Vollendung fehlt ihnen. Und ein großer Teil der Pariser Kritik ist jetzt für künstlerische Programme in der darstellenden Kunst ebenso unempfindlich zu sein wie die große Masse des Publikums. Auf den heisigen Bühnen wird im allgemeinen ganz gut gespielt; damit ist man aufgetreten. Programme liebt man nur im Stadium ihres Triumphs — nie im Stadium der Vermühlungen, des Schweins. Deswegen blieb das Publikum in der ersten Aufführung der Medea so toll: die anwesenden Deutschen wagten es nicht, begeistert zu sein, und hatten auch keinen Grund dazu. Ob die nächsten Tage größere Erfolge bringen?

Ein Zeichner ist gestorben, der in Frankreich so populär war, wie in Deutschland etwa die Simplicissimus-Künstler: Caran d'Ache. Jahrtausend lang hat Frankreich auf seine Zeichnungen gewartet, in denen er Zeitergebnisse, Zeitkritiken verspottete, ironisierte. Wallé hatte er wenig, mehr galante Humorismus und einen ausgezeichneten Humor. Seine Zeichnungen schienen in einem stürmischen Zug hingeworfen zu sein: eine Linie ward aus der andern geboren, meistens war die Art seiner Kompositionen. Und doch war er ein ganz subtiles Künstler, der stundenlang an einer einzigen Zeichnung saß. Selen wird er einen Eindruck, so wie er ihn gerade im Augenblick seines Entstehens hingeworfen hatte, auch veröffentlicht haben. Zwanzigmal wiederholte er oft dieselben Zeichnungen, weil er noch irgendwo eine charakteristische Wendung entdeckt hatte, einen lebendigeren Strich. Auf diese Weise verschaffte er nicht in die gewöhnlichen Uebertreibungen und Nachlässigkeiten der Statistizisten. Diese technische Arbeitsweise mag auch für seine geistige Ausprägung charakteristisch gewesen sein: der große, tiefegehende Zug fehlte ihm. Zur Familie der Rops, Vautier, Forain, Becker oder unser Simplicissimus-Künstler gehörte er nicht. Ein Porträtführer in der Satire war er nie: dazu fehlte ihm die Nüchternheit und wohl auch der schaffende Willen. Es ist bezeichnender für ihn als für den Figaro, daß er in diesem literarisch gewordenen Blatt seine wöchentlichen Zeichnungen und Bilderwerke brachte. So weit er geschlechtliche Dinge berührte, freute sich natürlich die hohe Gesellschaft der geistigen Würdenträger am meisten über seine "Intimitäten" — soweit er die bürgerliche Gesellschaft gezierte, blieb er stets in den Grenzen des Erlaubten. Seine Peitschenscheine waren verzweigt. Er hatte sich eine Spezialität geschaffen, die ihm in erster Linie die Kunst erhielt. Ein dankbares Thema: Wilhelm II. Unzählige Male hat er diesen karikiert: mit großer Kunst und gründlicher Psychologie. Er starb 60 Jahre alt an einem Herzleiden, das ihn seit langer Zeit gezwungen hatte, den Stift wegzulegen. Das sichere Bewußtsein des nahen Todes machte ihn in der letzten Zeit seines Lebens melancholisch. Auch Daumier, Cabanis und manch andre Künstler starben im Schatten der Melancholie.

In der Großen Oper von Paris ist wieder einmal eine Direktorenkrise. Oder: immer noch. Vor einigen Wochen wurde sie der Leistungsfähigkeit dadurch bekannt, daß der eine von den zwei Direktoren, der Komponist Messager dem Minister seine Demission anbot. Die Sache wurde damals so dargestellt, als ob lediglich Meinungsverschiedenheiten zwischen den zwei Opernönigen an dem Demissionsschlag eines schuld wären. Die Presse gab sich alle Mühe, durch ungängige Interviews die Gründe in ihrer letzten Gestalt zu erforschen: aber sie befam wenig heraus. Die beiden, angeblich feindlichen Direktoren, schwiegen und drückten sich vor jedem Reporter ostentativ die Hand, was ebenso rührend als echt war. Heute weiß man, daß auch schon hinter dem damaligen Demissionsschlag Messager die Finanzfrage steckte. Die Große Oper macht schlechte Geschäfte. Das heißt: sie hat ungeheure Ausgaben — und verschiedene Aktionäre sind mit der Leitung nicht zufrieden. Herr Messager's Demissionsschlag wurde damals nicht angenommen: alles schien ruhig zu sein. Man mußte, daß von den Direktoren verlangt worden war, noch eine halbe Million zur Erhöhung des Attentekapitals aufzutreiben — und man erfuhr, daß es den Direktoren auch gelungen sei, 480 000 Franc zu finden. Dadurch waren die Hoffnungen einiger Aktionäre, Marquis und dergleichen, zuschanden geworden. In der Freitagssitzung der Aktionäre der Großen Oper kam zum Ausbruch. Der Führer der Opposition, Marquis de Freynois, der einige Tage vorher an den Unterrichtsminister einen alarmierenden Brief geschrieben hatte, in dem er seine unversöhnliche Feindschaft ankündigte, sprang auf, als der zweite Direktor Broutian die 480 000 Franc vorlegte, und schrie: "Wir wollen keine Erhöhung des Kapitals, wir wollen die Demission der Direktoren." Darauf kam zur Abstimmung, ob die Aktionäre die halbe Million annehmen wollten. Mit zwei Stimmen blieb die Direktion in der Minderheit, da die Zweidrittelmehrheit erforderlich war. Nun hängt die Frage — die Direktoren bleiben einstweilen noch im Amt. Geschäft ist Geschäft, und die Kunst ist nicht zu gut dazu, denken die Aktionäre. Dabei gibt es noch "kulturnelle" Nebenzwecke: der Marquis de Freynois soll umsonst versucht haben, seinen Lieblingen unter den Künstlerinnen gewisse Stellen zu verschaffen. Geschäft ist Geschäft, und auch die Liebe ist nicht zu gut dazu, denken die Aktionäre.

Im andern Nationaltheater, in der Comédie Française, ist auch eine kleine Krise. Herr Le Dargy, der von Mostand nach dem Tode Coquelin dazu ausersehen war, den Chantecler zu spielen, ist trotz des Mostandschen Briefs, in dem der Dichter auf das Entgegenkommen der Comédie Française verzichtet, nach

einmal an die Sociétäre mit der Bitte herangetreten, ihm die Erlaubnis zu geben, auf der Bühne der Porte-Saint-Martin den Chantecler zu spielen. Einstimig wurde die Bitte zurückgewiesen. Nachts ist es: der Mostandsche Prinz hat den Direktor der Comédie Française sehr getötet. Chantecler mag verschwinden! Geschäft ist Geschäft, denken die Sociétäre. Dem Unterrichtsminister bleibt das letzte Wort. Über es ist nicht wahrscheinlich, daß er es sagt, dem Spruch der Sociétäre zu tragen. Geschäft ist Geschäft, denkt schließlich auch der Minister der schönen Künste. . . .

sb.  
ein Ausgangsprozeß der weltlichen Allgemeinheit, soviel sie nicht selber in eigenem Besitz wohnt. Das aber tun erfahrtungsgemäß die allerwenigsten, noch keine 10 Prozent der Gesamtzahl. Es ist sehr interessant, festgestellt zu sehen, daß dieser moderne Kapitalismus sowohl die Erbhälfte jener älteren Baumgesellschaften und Bauhansen angelockt hat, die von den 40er bis zu den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu gemeinschaftlichen Zwecken gegründet wurden. Sie wollen statutengemäß die Wohnungsnöte lindern und vertraten also keine privaten Spekulationsinteressen. Erst seit der Gründerperiode, seit den 70er Jahren, haben wir die moderne Terraingesellschaft, und von dort ab datiert auch die ungemeine Vergrößerung des Grund und Bodens in der Umgebung der Großstadt.

## Kunstchronik.

Neues Theater (Vohenstrauß). — Der Urlaub des Herrn Sooner geht weiter weitere Gastspiele. Als Telramund lernte man gestern Herrn Kammerjäger Kronen aus Hannover kennen. Stimmlich erwartete man wohl allgemein mehr, daß Orgel zeigt sogar etwas Missiges. Herr Kronen geht fast ganz desklamatorisch vor und erzielt bei dramatisch stark gesteigerten Stellen ganz bedeutende Wirkungen, so am Ende des zweiten Aktes, wo Telramund Lohengrin entgegentritt. Weniger gelingt der Anfang des zweiten Aktes, bei leichter Tongabe die intensiven Lante eines im tiefsten verwundeten Mannes verlangt. Hier kam Herr Kronen über die übliche Darstellungsweise nicht hinaus. Besonderes in der Darstellung bot der Gast nicht. Einmal theatricalisch nahm sich aus, daß Telramund scharr zusammen, beinahe sich duckt, als ihm und Ottokar Lohengrin am Ende des zweiten Aktes das Wort: Versuchte zurück.

Ausgedehnter bei Stimme war Herr Ursus, weniger gesellt mir in leichter Zeit in großen Partien die Stimme des Fräulein Urbaczel, die früher voller Klang.

Neues Theater. Mittwoch, 1/8 Uhr: Die Bohème; neue Tonbildber. Donnerstag, 2/8 Uhr: Mrs. Dot. Freitag, 3/8 Uhr: Die Maidkönigin; Versienest; Susanna im Bade. Sonnabend, 4/8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag: Carmen. Montag: Ein Walzertraum. — Altes Theater. Mittwoch, 8 Uhr: Die Dollarspringerin. Donnerstag, Freitag, 9 Uhr: Der tapfer Soldat. Sonnabend, 10 Uhr: Alt-Heidelberg (halbe Preise). Sonntag, nachmittags 11/8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die Jäger von Toledo), abends 12/8 Uhr: Die Dollarspringerin. Montag: Mrs. Dot.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.

Bereitstellung Beiziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus: Mittwoch, 8 Uhr: Moral. Donnerstag, 9 Uhr: Moral. Freitag, 10 Uhr: Moral. Sonnabend, 11 Uhr: Die fremde Frau (Erstaufführung). Freitag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Moral), abends 12/8 Uhr: Die fremde Frau. — Neu 3 Operetten-Theater (Theater am Thomastr.). Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Hub oder Madel? Sonnabend: Die Körnerkrippe. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein H.-D. (Der arme Jonatan), abends 12/8 Uhr: Hub oder Madel?

Im Schauspielhaus beginnen die Vorstellungen, wenn nichts anderes angegeben, 1/8 Uhr, im Neuen Operetten-Theater 8 Uhr.

Battenbergtheater. Mittwoch: Mein Junge. Donnerstag: Standesehr. Freitag: Die Ranchau. Sonnabend: Die jährlichen Verwandten.

Vorträge. Morgen, Mittwoch veranstaltet der Leipziger Dürersaal und in der Gutenberghalle des Buchgewerbehauses einen Vortragsabend. Herr Verwaltungsdirektor Woerner wird (mit Vorlesungen) über die Reproduktionsmethoden sprechen. Beginn 8 Uhr. Die Einführung von Gästen ist erwünscht.

## Notizen.

Die Tuberkulose-Arbeits-Versammlung, die das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose alljährlich im Anschluß an seine Generalversammlung veranstaltet, findet in diesem Jahre am 25. und 26. Mai in Berlin statt. Die Einladungen und Tagesordnungen werden demnächst verschickt.

Ein nachgewachsener Finger. Die Reproduktionskraft des menschlichen Organismus, die schon bei dem Verlust der Hände und Füße verläßt, gelangt blitzeile, im Gegensatz dazu, eine erstaunliche Stärke. In den französischen Archiven für Chirurgie berichtet ein höherer Marinearzt Dr. Viehl von einem Fall, wo das letzte Glied des rechten Zeigefingers vollständig neugebildet wurde. Er sandte seinen Patienten, einen vierzehnjährigen Knaben, an einen bösen Finger leidend, der von einem Geschwür unterhalb des Nagels herrührte. Alle Anzeichen einer alten Entzündung waren vorhanden. Das betroffene Fingerglied war stark angeschwollen, schmerhaft und höchst eiternd. Der Elter trat durch einen kleinen Einschnitt, der 5 Tage vor der ersten Besichtigung gemacht worden war, aus. Eine eingefügte Sonde trug auf den bloßliegenden Knochen. Durch den Entzündungsprozeß war die Nagelwurzel in Mitte des Nagels gezogen, so daß der Nagel vollkommen lose war. Unter diesen Umständen schien ein Eingriff unerlässlich zu sein. Nach sorgfältiger Kolaimisierung wurde ein kleiner Einschnitt in das dritte Fingerglied gemacht und eine sorgfältige Entfernung der angegriffenen Teile vorgenommen. Die Reinigung der Wundhöhle geschah mit Wasserstoffperoxyd, der Nagel wurde entfernt und die Höhle mit Jodoformgaze tamponiert. Trotz aller dieser Vorsichtsmäßigkeiten nahm der eingetretene Knochenraub seinen Fortgang, und nach etwa einer Woche konnte der Knochen einschmelzen und aus einer Wunde herausgezogen werden. Er war im übrigen vollkommen wohl erhalten. Inzwischen die Knochenhaut erhalten geblieben war, wird in der Beschreibung der Kranken geschicht nicht gesagt. Nach einem Monat war Vernarbung eingetreten, aber das Ende des Fingergliedes blieb spatenförmig und schlaff, so daß Dr. Viehl beinahe schon bedauerte, nicht das ganze Fingerglied geopert zu haben. Da jedoch die Eltern des Patienten so viel wie möglich von dem Fingerglied erhalten wollten, da der Knabe Klavier spielen lernte, war dies eben als notwendig erachtet worden. Vierzehn Monate nach der Operation stellte sich der operierte Knabe in Gesellschaft seines Vaters nochmals vor und zeigte eine Abnormalität, die inzwischen gemacht worden war. Der Fingerglied war zwar immer noch leicht gebogen, hatte aber seine Festigkeit und Beweglichkeit wieder gewonnen, und ein neuer Nagel von vollständig normalem Aussehen war nachgewachsen. Der Knochen hatte sich vollständig ergänzt, nur war der nachgewachsene ein wenig kräfter und dicker. Der Fingerglied war zu allen Befestigungen durchaus tauglich. Der Knabe vermochte seinen Klavierunterricht weiter zu nehmen und zu spielen, ohne daß der Anschlag irgendwie gelitten hätte. Derartige Fälle sind sehr selten. Nur noch ein Fall eines nachgewachsenen Knochens ist von Ollier beschrieben worden, dessen Verdienst es auch war, zum erstenmal darauf hingewiesen zu haben, daß die Knochen in instande sei, einen neuen Knochen zu erzeugen. Es ist bedauerlich, daß der entscheidende Befund, nämlich die Angabe, wieviel Knochen gewebe durch die Entzündung abweg gelassen worden war, in dem beschriebenen Falle fehlt, da dies allein dem Chirurgen für künftige Fälle einen Anhaltspunkt gewähren könnte.